

ESSENER MORGEN

Solidarisch – parteilich – links

Für einen umlagefinanzierten
Nahverkehr
No ticket – no cry!



Seite 3

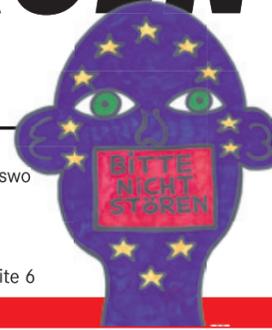
Der STEAG-Vattenfall-Deal:
**Umweltschädlich und
hochriskant**



Seite 5

Nach Silvester in Köln und anderswo
**Menschen werden
abgeschoben – Sexismus
bleibt!**

Seite 6



Wohin steuert der Nahe Osten?
**Syrien-Konflikt militärisch
nicht lösbar**

Seite 8

Was will die AfD?

Keine Alternative für Deutschland!

Deutschland im Frühjahr 2016: Ein Rechtsruck, geht um. Unter Alexander Gauland, Frauke Petry und Björn Höcke ist die selbsternannte „Alternative für Deutschland (AfD)“ auf dem Vormarsch. Nun ist sie mit 13, 15 und 24 Prozent in drei Landesparlamenten eingezogen. Doch der erste Entwurf des Parteiprogramms entlarvt die Partei als das, was sie ist: keine Alternative, sondern eine Partei für Reiche, die gegen Migrantinnen und Migranten und Menschen mit geringem Einkommen hetzt.

H von Daniel Kerekes
artz 4 senken, Mindestlohn weg und den Arbeitgeberanteil bei Arbeitslosen- und Rentenversicherung abschaffen: Der Programmtext der AfD liest sich wie ein feuchter Traum aller konservativen Supereichen. Dies ist bei weitem nicht alles. Hinzu kommen die Abschaffung der Erbschafts- und der Gewerbesteuer sowie die Absenkung der Einkommensteuer auf 25 Prozent für alle. Dem-

nach wäre es völlig egal, ob jemand 17 Millionen oder nur 500 Euro im Jahr verdient, alle zahlen den gleichen Steuersatz. Auf der Strecke bleiben unsere Städte, Bundesländer und der Großteil der Menschen. Weder Bund, noch Land oder Stadt hätten genügend finanzielle Mittel, um Schulen, Kitas, Behörden oder gar Sportstätten und Schwimmbäder zu betreiben. Die gesamte deutsche Infrastruktur würde zusammengebrochen.
Zu der Friss-oder-stirb-Sozialpolitik, bei der Arbeitslosen-geld-Empfängerinnen und -empfänger Zwangsarbeit leisten sollen, paart sich ein gesellschaftliches Bild, das einem Polizeistaat von 1930 ähnelt: „Es ist nur so viel Freiheit möglich, wie die Sicherheitslage es zulässt“, heißt es wortwörtlich im Programmtext – totalitärer Staat, wir kommen! Gleichzeitig spricht die AfD den Frauen ab, über ihren eigenen Körper zu bestimmen: Stattdessen sollen alle drei Kinder gebären und werden nicht unterstützt, falls sich nicht verheiratet sind. Zu dem sozialchauvinistischen Weltbild kommt offener



Rassismus hinzu: So lehnt die AfD den Islam komplett ab und bezeichnet ihn als „nicht zu Deutschland gehörend“ – trotz der vier Millionen hier lebenden Musliminnen und Muslime. Und statt einer Verfassungsnation will die AfD die alte Blut- und Boden-Ideologie einführen, was bedeutet: Deutschland ist nur, wer deutsche Vorfahren hat. Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD Thüringen, propagiert rassistische Weltbilder, wenn er behauptet, Europa und Afrika hätten „zwei unterschiedliche Reproduktionstypen“, wovon der europäische natürlich überlegen sei. Beatrix von Storch, Europaabgeordnete der AfD, möchte die Partei auf einen Anti-Islam-Kurs führen.

Auf Facebook finden sich bereits etliche Kommentare von AfD-Offiziellen, die gegen andersdenkende Menschen hetzen: Da feiert der neue Landtagsabgeordnete in Sachsen-Anhalt, David Hülge, die rechtsradikale „Identitäre Bewegung“. Björn Höcke erklärt, er könne mit „jüdisch-christlichem“ Abendland nichts anfangen, da Christentum und Judentum nicht zusammenpassten. Antimuslimischer



Daniel Kerekes ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen und Autor für das Onlineportal Die Freiheitsliebe

er Rassismus, Antisemitismus und Homophobie sind allem Anschein nach Konsens in der Partei. Wir fassen zusammen: sozialer Kahl-schlag, totalitärer Polizeistaat, rückwärts gewandtes Weltbild und offener Rassismus – das ist die AfD! Es gibt keinen ersichtlichen Grund, warum eine Studentin, ein Schüler, Rentnerinnen, Arbeiter, Angestellte, Beamtinnen oder sonst wer diese Partei wählen sollte, denn mit ihr fallen wir in die dunkelsten Zeiten Deutschlands zurück. Was wir stattdessen brauchen, ist breiter zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen die AfD. Überall wo sie auftritt, muss ihr der öffentliche Raum streitig gemacht werden. Keine Veranstaltung darf unkommentiert bleiben. Über 1.000 Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte sowie die Verfüffung rechter Übergriffe und Aufmärsche (BKA-Bericht) können nicht einfach hingenommen werden. In Essen muss der Kampf gegen die rechtsradikale und in Teilen offen neofaschistische AfD von einem breiten Bündnis getragen werden, das zeigt: Essen bleibt bunt. Das Problem heißt noch immer Rassismus!

Kurz & Knapp

Informieren

Die Stadt muss bei jedem Bürgerentscheid alle Wahlberechtigten informieren. Nach einem Ratsbeschluss vom Februar entfällt nun der Versand von Broschüren, mit denen alle von einem Bürgerentscheid informiert und mit Pro- und Contra-Argumenten versorgt wurden. Einspart werden rund 60.000 Euro Porto pro Bürgerentscheid. DIE LINKE. im Rat beantragte mit Grünen und Piraten, die Infos nach weiterhin zu versenden; CDU, SPD, EBB und FDP lehnten dies ab. Um wirklich Kosten zu sparen, empfiehlt DIE LINKE die Zusammenlegung von Bürgerentscheiden mit Wahlterminen, so wie in Dortmund und Gelsenkirchen.

Reden

Nach der Gemeindeordnung können Bezirksbürgermeister*innen im Rat reden, wenn es um Anregungen aus den Bezirken geht. In der letzten Ratsitzung kam Bezirksbürgermeister Klaus Persch aus der BV III deswegen zur Flüchtlingsfrage nicht dran. DIE LINKE empfiehlt dem Rat: statt kleinlich zu werden, die Gemeindeordnung weit auszulegen. Reden und reden lassen, das dient der Demokratie.

Schweigen

Insgesamt 5,7 Millionen Euro zahlte die Stadt seit 2008 für Beratungsleistungen der Münchener Unternehmensberatung Roland Berger, vor allem für die zweifelhaften Imageprojekte Stadion und Essen.2030. Belegt sind die Beratungen bis heute vor allem durch Rechnungen, aus denen nicht ersichtlich ist, welche konkreten Leistungen eigentlich erbracht wurden. Und der Vertrag zum Stadion ist immer noch verschwunden. Berger selbst schweigt zu allem, woraufhin DIE LINKE ihn nur noch Ver-Berger nennt. 3,3 Millionen Euro fordert die Grundstücksverwaltung Essen GmbH (GVE) nun zurück, der Rest ist verjährt.

Machen

Auf Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE beschloss der Planungsausschuss im Dezember, die Verwaltung mit einem Konzept zum sozialen Wohnungsbau zu beauftragen. Bis heute blieb die Verwaltung untätig. Stattdessen will die Große Koalition nun „auf die Wohnungswirtschaft zugehen“. Doch freiwillige Lösungen reichen nicht. Quoten müssen her, damit bei allen Bauvorhaben ein Anteil an Sozialwohnungen errichtet wird. Wir empfehlen: einfach machen!!

NPD-Aufmarsch in Essen stoppen – Für Vielfalt und Toleranz!

Am 2. April von 14 bis 20 Uhr plant die rechtsextremistische NPD einen Aufmarsch durch die südliche Innenstadt unter dem Motto „Einmal Deutschland und zurück! Asylmissbrauch und Islamisierung stoppen“. DIE LINKE. Essen ruft gemeinsam mit dem Bündnis „Essen stellt sich quer“ zu Protestaktionen auf und fordert ein Verbot der Nazi-Demonstration. Nicht vergessen ist noch immer die außer Kontrolle geratene Hogesa-Demo im September vergangenen Jahres.



Essen ist eine bunte Stadt – Menschen aus dutzenden Ländern leben hier und nennen die Stadt ihre Heimat. In einer solchen Stadt haben alte und neue Faschisten nichts verloren. Mit ihrem Hass auf alles vermeintlich „Nicht-Christliche“, schüren sie Hass vor allem gegen muslimische und jüdische Mitmenschen. Die NPD ist außerdem das Rückgrat für militante Nazikameradschaften, die sich in Räumen der NPD versammeln und die Parteiinfrastruktur nutzen. Deswegen unterstützt DIE LIN-

KE. das NPD-Verbotsverfahren: Durch ein Parteiverbot entfielen die staatliche Parteifinanzierung und der Schutz des Parteienprivilegs. Naziaufmärsche wären dann nicht mehr vom Deckmantel der „Parteiveranstaltung“ vor Verboten geschützt. Für eine offene und solidarische Gesellschaft – gegen den braunen Dreck! Beteiligen Sie sich an den Kundgebungen für Vielfalt und Toleranz. Treffpunkte und Zeiten werden noch bekannt gegeben, z.B. auf www.dielinke-essen.de.

Kommentar zum Stadtgeschehen

Ach o weh, die SPD ...

W von Ralf Fischer
er scheitert, sollte dabei eine gute Figur abgeben. Als ich 2006 als Landessprecher der damals noch kleinen PDS NRW zurücktrat, waren es „gesundheitliche Gründe“. Dabei hatte ich meine politischen Vorhaben nicht umsetzen können. Darüber zu sprechen hätte aber bedeutet, anderen in die Parade zu fahren. Also macht man mit durchschaubar falschen Gründen eben dies: keine gute Figur! Allen Grund habe ich daher, mit Britta Altenkamp mitzuempfinden, die am 5. Februar ihr Amt als Essener SPD-Vorsitzende hinschmiss. Offizieller Grund: „Zu wenig Zeit.“



Ralf Fischer ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

Die wirklichen Gründe liegen woanders. Sie war angetreten in einer Krise der Partei, als der in den eigenen Reihen unbeliebte und beratungsresistente OB Reinhard Paß unbedingt wieder antreten wollte. Sie schaffte es nicht, eine glaubwürdige Gegenkandidatin aufzubauen, und der Rest der Genossen hatte keinen „Arsch in der Hose“. Die Wahl wurde für die SPD zum Desaster, und CDU-Mann Thomas Kufen sonnt sich nun im Glanz des Amtes. Doch es war die Flüchtlingsfrage, die im Januar das Fass zum Überlaufen

brachte. Vor allem SPD-Ratscherr Guido Reil und der Karnaper Ortsvereinsvorsitzende Stephan Duda zündelten gegen Unterkünfte vor ihrer Haustür. Sie schreckten nicht einmal davor zurück, eine Demo unter dem an rechtsradikale Sprüche erinnernden Titel „Der Norden ist voll!“ zu organisieren. Die mussten sie allerdings unter dem Druck anderer Ortsvereine und der Landes-SPD wieder absagen, nachdem die Alt- und Neonazis von NPD und AfD angefangen hatten, lauthals Beifall zu klatschen.

Wohl bemerkt, die Kritik an einer Unterbringung von Flüchtlingen vorwiegend in den ärmeren Stadtteilen ist berechtigt. Deswegen fordert DIE LINKE eine dezentrale Unterbringung in allen Stadtteilen und vor allem in Wohnungen statt in Heimen. Lösbar sind die Probleme, wenn man sie denn lösen will. Integration scheidet schließlich nur dann, wenn man nichts dafür tut!

Müssen wir nun gespannt sein, wer am 7. Mai das Rennen um den SPD-Vorsitz macht? Ich meine: Nein. Denn an der Zerrissenheit der SPD und am Mangel fortschrittlicher politischer Konzepte wird die Neuwahl nichts ändern. Es bleibt zuhause wie im Bund: Im Zweifel fehlt den Sozis der berühmte „Arsch in der Hose“!



Zeichnung: Saskia Strötgen

Willkommenskultur auf der Kippe?

von Daniel Kerekes und Ralf Fischer

Als das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen im April 2015 die Essensrationen in den Flüchtlingslagern rund um Syrien kürzen musste, weil vor allem die reichen Länder (einschließlich Deutschlands) keine zusätzlichen Gelder zur Verfügung stellten, wussten alle: Von jetzt an rollt die „Flüchtlingswelle“ auf Europa zu. Was sollten die Menschen, von der Weltgemeinschaft im Stich gelassen, auch sonst tun, als zu fliehen?

Das Bild des kleinen toten Jungen am türkischen Strand, das um die Welt ging, weckte in Deutschland eine ungeahnte Empathie und Aufnahmebereitschaft. Wie einfach kann eine mitmenschliche Antwort auf die Flüchtlingskrise sein? Kürzlich hörte man in der ARD-Sendung „Brennpunkt“ eine Frau sagen: „Wenn ich diese Menschen

sehe, die in eine unbekannte Welt ziehen, kommen mir die Tränen. Wo es für uns Brot gibt, reicht es auch für die anderen!“

In der Tat: Deutschland ist das viertreichste Land der Welt. Doch während arme und kleine Länder wie Jordanien oder der Libanon Millionen von Menschen aufnehmen, fürchten

„wir“ um unsere Besitzstände. Dabei wäre alles so einfach. Das Geld in Deutschland ist vorhanden, um mit jeder Krise fertig zu werden. Es ist nur falsch verteilt – nicht erst seit gestern!

Derweil tobt der Kulturkampf zwischen einer weltoffenen Gesellschaft und tumbem Rechtspopulismus, bei dem nicht einmal die Gefahr einer neuen faschistischen Massenpartei gebannt ist. Doch statt Stimmung gegen Menschen zu machen, die alles verloren haben, und uns entlang religiöser oder ethnischer Linien spalten zu lassen, müssen wir den gemeinsamen Versuch wagen, für eine solidarische Gesellschaft zu kämpfen.

Kleiden wir unsere Antwort in Begriffe der allgemeinen Menschenrechte: Jeder Mensch hat, einfach weil er ein Mensch ist, das Recht auf Leben, körperliche und psychische Unversehrtheit. Und wenn das Recht auf Leben etwas gilt, heißt dies folgerichtig, dass jeder Mensch, einfach weil er ein Mensch ist, das selbstverständliche Recht hat, aus bedrohlichen und erniedrigenden Verhältnissen zu fliehen und anderswo sein Glück zu suchen.

DIE LINKE. Essen beschloss auf ihrem Kreisparteitag am 5. März eine Resolution zur Flüchtlingsfrage, die wir nachfolgend in Auszügen dokumentieren.

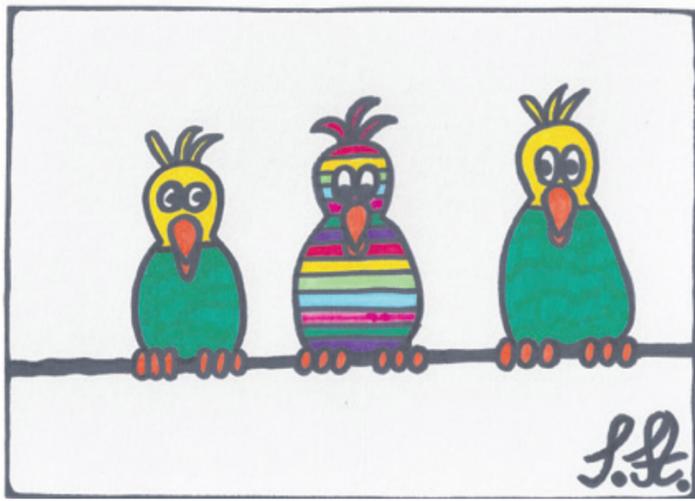


Illustration: Saskia Strötgen

Flüchtlinge sind hier willkommen!

Beschluss des Kreisparteitages DIE LINKE. Essen vom 5. März

Kriege, politische Unsicherheiten, wirtschaftliche Not oder Perspektivlosigkeit – es gibt viele Gründe warum Menschen fliehen. Eines ist ihnen gemein: Niemand verlässt freiwillig seine Heimat, seine Familie, seine Freundinnen und Freunde. (...) Menschen in Not brauchen Hilfe. Hilfe zu leisten ist das humanitäre Gebot der Stunde.

DIE LINKE fordert, Fluchtursachen und nicht Geflüchtete müssen bekämpft werden. Die Europäische Union hat die Fluchtursachen mit geschaffen. Militärische Interventionen im Nahen und Mittleren Osten, Rüstungsexporte in Krisenländer, subventionierte Agrarexporte sowie ausbeuterische, ungerechte und intransparente Freihandelsabkommen schüren Konflikte und schaffen Massenverarmung. Zu einer umfassenden Bekämpfung der Fluchtursachen gehört auch der offensive Kampf gegen den Klimawandel, mehr Entwicklungsgelder und Gelder für die humanitäre Hilfe, Schaffung von sozialer Sicherheit in den Herkunftsländern

und das Verbot aller deutschen Rüstungsexporte. Wir fordern von der Bundesregierung und der EU, die Auslandseinsätze der europäischen Armeen unverzüglich zu beenden und auf Verhandlungen und zivile Konfliktlösungen zu setzen. Nur dann lassen sich Fluchtbewegungen verhindern. Deutschland braucht ein Integrationsprogramm, um die mit der Flucht verbundenen Aufgaben zu lösen. (...) Wer Probleme im Land lösen will, muss in Wohnungen, Bildung und Arbeit investieren und die Kommunen besser ausstatten. Menschenwürdige Behandlung von Geflüchteten darf nicht Schäubles schwarzer Null zum Opfer fallen. DIE LINKE. Essen fordert Bund und Land auf, die Kommunen beim Kita-Ausbau, mit zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern und Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeitern, bei den Kosten der Unterkunft und mit einem zügigen Landesprogramm für den sozialen Wohnungsbau deutlich stärker zu unterstützen. Wir brauchen geeignete Strukturen und mehr Personal vor Ort, um eine bestmögliche Integration von Geflüchteten in den Ar-

beitsmarkt, in Ausbildung und das gesellschaftliche Leben zu ermöglichen. Hilfe und Integration darf mit Registrierung und Unterbringung nicht beendet sein. (...)

DIE LINKE. Essen fordert von der Stadt:

- Die Flüchtlingsunterbringung durch die Stadt soll umgehend dezentral in Wohnungen erfolgen. Dazu muss die Stadt die zugesagte Aufstockung des notwendigen Personals unverzüglich umsetzen und mit allen am Wohnungsmarkt agierenden gesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten.
- Die Flüchtlingsunterbringung in wohnungsähnlichen Übergangsheimen sollte eine Höchstgrenze von max. 300 Plätzen pro Objekt nicht überschreiten. Nur so können das Recht auf Privatsphäre und ein selbstbestimmtes Leben sowie die Einhaltung von Hygiene- und Versorgungsstandards gewährleistet werden. Nur so können Probleme in den Objekten verhindert werden.
- Die ausreichende Betreuung für Kinder und Jugendliche. Sie müssen unmittelbar nach Ankunft in das gesellschaftliche Leben integ-

riert werden. Dazu gehört vor allem der Gewährleistung und Durchsetzung des Erlernens der deutschen Sprache sowie des Schulbesuches.

- Die Selbstorganisation der Geflüchteten zu ermöglichen und zu fördern und Ombudsleute einzusetzen.

In der Stadt Essen engagieren sich viele Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen, um die Flüchtlingsarbeit unmittelbar vor Ort zu unterstützen. Ohne die „Runden Tische“ und hunderten Ehrenamtlichen würde Flüchtlingsarbeit nicht funktionieren. Dafür gebührt den Beteiligten Dank und Anerkennung. (...) Wir wollen nicht nur eine Politik für Geflüchtete, sondern zugleich eine Verbesserung für die finanziell benachteiligten Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt. Vor allem Bürgerinnen und Bürger in strukturschwachen Stadtteilen brauchen eine bessere sozial-ökonomische Perspektive. Seit der Agenda 2010, der Einführung von Hartz 4 und der Abschaffung der Vermögenssteuer werden Reiche in unserer Stadt immer reicher, während Tausende

seit Jahren erwerbslos sind. Darum kämpfen wir für eine Umverteilung des Reichtums von oben nach unten, damit wieder genug Geld für Kitas, Schulen und öffentliche Einrichtungen vorhanden sind. Es wird Zeit, dass Artikel 14 des Grundgesetzes wieder respektiert wird: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

DIE LINKE. Essen wird rechtspopulistischer und neofaschistischer Propaganda entschieden entgentreten. Wo rassistische Hetze, Angriffe auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte stattfinden, muss es gesellschaftlichen Widerstand geben. Organisiert von Bürgerinnen und Bürgern wie auch von Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern – letztlich der gesamten Essener Zivilgesellschaft. DIE LINKE ist die einzige Partei, die die Fluchtursachen und nicht Flüchtlinge bekämpfen will. Vergessen wird bei der ganzen Debatte: Asylrecht ist ein Menschenrecht. Seine immer weiter gehende Einschränkung ist eine Schande für Deutschland und mit uns nicht machbar!

Impressum:

Essener Morgen – Solidarisch, parteilich, links

wird herausgegeben vom Kreisverband DIE LINKE. Essen in Kooperation mit der Ratsfraktion DIE LINKE. Essen und dem Bürger*innenbüro Niema Movassat (MdB); Redaktion: Ralf Fischer (Kreisverband, v.i.S.d.P.), Thorsten Jannoff (Ratsfraktion); Seite „Aus dem Bundestag“: Niema Movassat (v.i.S.d.P.).

Satz und Layout: Steinmann, Feldhaus & Partner GmbH, Otmarstr. 5, 45131 Essen; Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG, Flurstr. 2, 17034 Neubrandenburg; Auflage: 5.000 Stück.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassungen von Redaktion und Herausgeber wieder.

Kontakt: Redaktion „Essener Morgen“, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon: 0201/8602904, Fax: 0201/8602906, E-Mail: essener-morgen@dielinke-essen.de.

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Oktober 2012. Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 1. Mai 2016, Redaktionsschluss ist der 18. April 2016.

Für einen umlagefinanzierten Nahverkehr

No ticket – no cry!

Niemand darf wegen mangelnder finanzieller Mittel von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Dies setzt voraus, dass jeder Mensch zu angemessenen Bedingungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu seinen Zielen gelangen kann. Mobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist Daseinsvorsorge und keine Option für sonnige Zeiten!



Der Anteil der mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegten Strecken wächst zwar seit einiger Zeit leicht, die größten Streckenanteile entfallen aber weiterhin auf das Auto. Aufgrund der Trennung von Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Konsum hat das Auto enorme Nutzungsvorteile – trotz hoher Anschaffungs- und laufender Kosten. Wenn der ÖPNV 1 dazu eine wettbewerbsfähige Alternative sein soll, muss er ausgebaut und nicht abgebaut werden.

Der motorisierte Individualverkehr (MIV 2) produziert enorme ökonomische, ökologische, soziale und räumliche Kosten, die die Haushalte der Familien, der Kommunen, des Landes und des Bundes außerordentlich stark belasten. Der Instandhaltungsrückstand ist sowohl im Straßen- als auch im Schienen- und Wasserbereich inzwischen so hoch, dass die öffentlichen Haushalte damit überfordert sind. Die maroden Brücken und Straßen, die sich häufenden Ausfälle von Straßen- und Stadtbahnen zeigen dies deutlich. Jedes Jahr beläuft sich der zusätzliche (!) Bedarf für Instandsetzung und Instandhaltung auf mindestens 7,2 Milliarden Euro, davon 2,3 Milliarden für die Schiene. Doch dieses Geld wird momentan nicht zur Verfügung gestellt, so dass die Systeme weiter auf Verschleiß gefahren werden.

Heutiger Verkehr nicht zukunftsfähig

Der ticketfinanzierte ÖPNV hat versagt

andere Sachen gebraucht, z.B. um die kommunalen Beiträge zu senken und damit mittelbar zur Haushaltssanierung der Kommunen. Mit dieser sachfremden Mittelverwendung schaden wir der Mobilität im Allgemeinen und dem ÖPNV im Besonderen. Deshalb müssen wir weg von der Marktlogik der trägergebundenen Finanzierung durch die Nutzer selbst. Die Forderung nach einem fahrscheinlosen ÖPNV zielt nicht auf die Einführung elektronischer Bezahlsysteme, sondern meint eine unentgeltliche bzw. kostenlose Nutzung des ÖPNV. Natürlich wissen wir, dass keine Mobilität ohne Kosten zu haben ist. Aber wir sprechen ja auch von kostenlosen Kita-Plätzen oder kostenlosen Studienplätzen; auch der Arztbesuch ist wieder kostenlos. Nichts davon ist wirklich kostenlos; vielmehr leisten wir uns diese gesellschaftlichen Errungenschaften, weil wir alle und zumeist unabhängig

Zeit ist reif für fahrscheinlosen Nahverkehr

zahlen wir alle den sog. Rundfunkbeitrag, obwohl ein Leben auch ohne ARD und ZDF vorstellbar ist. Studierende in Nordrhein-Westfalen erwerben mit ihrem Semesterausweis das Recht, alle Verkehrsmittel (außer den Zügen des Fernverkehrs) im ganzen Land zu nutzen – das Semesterticket. Weil sich kein Student und keine Studentin davor drücken kann, entsteht eine hohe Nachfrage, die zu günstigen Tarifen führt. Die Botschaft ist klar und eindeutig: Eine Umlagefinanzierung des ÖPNV ist machbar. Der Beweis dafür wur-

de längst erbracht. Diese Frage lässt sich einfach und kompiziert beantworten. Nehmen wir die einfache Antwort: Nach den Sozialgesetzbüchern II und XII werden monatliche (Nah-) Mobilitätskosten in Höhe von etwa 20 Euro pro Person angenommen. Unter gegebenen Kostenbedingungen lässt sich Mobilität damit nicht bezahlen – der Preis für das sog. Sozialticket in NRW beträgt inzwischen über 30 Euro pro Monat und erlaubt Fahrten nur in der eigenen Kommune. Wenn wir davon ausgehen, dass jeder Mensch in NRW ab 18 Jahren monatlich diesen Betrag zahlt, dann kommen um die 3,5 Milliarden Euro jährlich zusammen. Das ist ein Betrag, mit dem sich ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr auf Dauer sichern lässt.

Wie teuer ist der kostenlose ÖPNV?

Selbstverständlich dürfen diese Einnahmen nicht dazu führen, dass sich Bund und Land vor ihren Pflichten drücken und aus der Grundfinanzierung aussteigen. Insofern müssen die

bisher gezahlten (aus Steuern stammenden) Beiträge fortbestehen. Wegfallen können aber die Kosten, die aus der „Ticket-Infrastruktur“ resultieren: Fahrkartenaufgaben, Verkaufspersonal, Kontrolleure. Um Entlassungen zu vermeiden, könnten diese Kolleginnen und Kollegen in der Fahrgastbetreuung arbeiten und so zu einer Verbesserung auch der qualitativen Attraktivität beitragen – wenn mal wieder ein Aufzug oder eine Rolltreppe ausgefallen ist und die Oma oder der Gehbehinderte nicht die Treppen hochkommt, oder wenn die Reisende ihren Koffer oder der junge Vater den Kinderwagen nicht hochgewuchtet kriegt.

Dichte Netze, kurze Takte.

Mit den zusätzlichen Einnahmen lässt sich die Attraktivität des ÖPNV steigern. Der strukturelle Vorteil des Aufentfernter Zeiten noch an allgemeine Strecken und Ziele gebunden zu sein, lässt sich tendenziell auflösen, wenn die Netze und die Takte des ÖPNV integriert und dicht sind. Es geht dabei sowohl um dichtere Zugfolgen, als auch um Schienenverbindungen auch in

ÖPNV: Welche Weichen werden gestellt, und wo geht's lang?

Foto: W. Bienenke

und zwischen den Vororten und das Aufeinanderabstimmen von Bussen, Straßen- und Stadtbahnen, S-Bahnen und Regionalzügen. Je mehr Direktverbindungen es gibt und je angenehmer und effizienter das Umsteigen wird, desto attraktiver wird der ÖPNV für sich und gegenüber dem MIV. Darüber hinaus lässt sich die Geschwindigkeit und Zuverlässigkeit von schienengebundenen Fahrzeugen im Straßenraum durch Vorrangschaltungen (grüne Welle) weiter erhöhen. Allerdings sollten die bereits existierenden Vorrangschaltungen dann auch genutzt und nicht aus Angst vor der Autolobby ausgeschaltet werden.



Der Autor ist Mitarbeiter der Enquete-Kommission „Finanzierungsoptionen des öffentlichen Verkehrs (FINÖPV)“ des Landtages NRW für die Piratenfraktion

Mobilität ist kein Selbstzweck

Mobilität ist kein Selbstzweck

Mobilität steht nicht außerhalb gesellschaftlicher Verantwortlichkeit. Wir brauchen die Verkehrswende. Wir brauchen sie für die Menschen, die täglich auf funktionierende Verkehrsmittel angewiesen sind. Wir brauchen sie auch im Namen einer sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit. Wir brauchen sie für attraktive Städte und hohe Wohn- und Lebensqualitäten in den Städten und auf dem Land. Die Überwindung der betriebswirtschaftlichen Logik gehört dazu. Verkehrswende bedeutet: Nachhaltige Mobilität, faire Beschäftigung, hohe Wohn- und Lebensqualität, aktiver Klimaschutz.

Das will DIE LINKE
ÖPNV ausbauen statt kürzen

DIE LINKE. Essen tritt für den konsequenten Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur ein. Mittelfristig wollen wir aus dem ticketbasierten ÖPNV aussteigen und die Nutzung von Bussen und Bahnen in Essen z.B. über eine kommunale Abgabe finanzieren, an der sich alle beteiligen.
Für den Essener Nahverkehrsplan fordert DIE LINKE:
• Verdichtung der Taktzeiten und Verbesserung der Verbindungen morgens und abends;
• Durchstreckung der Linie 103 zum Hauptbahnhof;

- Verlängerung der U 11 oder U 17 nach Bredenezy;
- Einführung einer Innenstadtbahnlinie;
- Sicherung einer schnellen, auf einer gesonderten Spur geführten Verbindung nach Kray, nach Möglichkeit als Straßenbahn;
- Verknüpfung des ÖPNV mit Metropoolrad Ruhr, verbesserte Möglichkeiten zum Fahrradtransport, gesonderte Bahn- (Steeler Str.) und Bustrassen (Ruhrallee), wo es möglich ist;
- Erreichbarkeit einer Haltestelle in höchstens 10 Minuten Fußweg.

Zur Kooperation im Ruhrgebiet fordert DIE LINKE:
• weitere Zusammenarbeit von Essen und Mülheim in via mit der Option einer Verschmelzung der beiden Gesellschaften und möglichst auch weiterer;
• ein regionaler Nahverkehrsplan zumindest im mittleren Ruhrgebiet, auch um die mangelnden Nord-Süd-Verbindungen endlich zu verbessern;
• die stärkere Nutzung des RVR zur Kooperation in der Region.
Zur Finanzierung will DIE LINKE:
• Aufstockung der Mittel von Bund

und Land für den ÖPNV;
• Änderung des Landesabgabengesetz NRW, damit eine für den Nahverkehr zweckbestimmte kommunale Abgabe möglich wird;
• eine solche Umlage in Essen einführen;
• Erhöhung der Innenstadt-Parkgebühren und die Verwendung dieser Mittel für den ÖPNV;
• Beteiligung von Betrieben und Kaufhäusern an der Finanzierung des ÖPNV, z.B. durch Umlagen gestaffelt nach Beschäftigtenzahl.
Beschluss des Kreisparteiages vom 5. März 2016

Begriffe:
1 ÖPNV = öffentlicher Personennahverkehr
2 MIV = motorisierter Individualverkehr (sprich: „Mief“!)

Stichwort: Rechtsvereinfachung

Licht und Schatten bei Hartz 4

Am 3. Februar 2016 legte die Bundesregierung den „Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch“ vor. Damit sollen „Rechtsvereinfachungen“ im Bereich des SGB II – also in Hartz4-Belangen – erreicht werden. Auf welche zentralen Änderungen müssen Sie sich voraussichtlich einstellen?

D von Rechtsanwalt Carsten Dams
Die Beratungspflichten der JobCenter sollen erweitert werden. Neu ist ein Recht auf Beratung zur Berechnung der Leistungen und zur Begründung der getroffenen Ermessensentscheidung, welche Eingliederungsleistungen gewährt bzw. gefordert werden. Ob und wie dies praktisch umgesetzt wird, bleibt abzuwarten.

Beratung und Eingliederung

Die Eingliederungsvereinbarung soll nun eine Auswertung der persönlichen Fähigkeiten und Kenntnisse des Betroffenen enthalten, ebenso Feststellungen zu Vermittlungshemmnissen. Zudem kann in Zukunft eine Eingliederungsvereinbarung nicht einfach durch einen Verwaltungsakt ersetzt werden, wenn nicht wenigstens zuvor über die Eingliederungsvereinbarung verhandelt wurde.

Bewilligungsverfahren geändert

Der Bewilligungszeitraum wird in der Regel auf 12 Monate verlängert. Vorteil: Der Weiterbe-

willigungsantrag muss nur alle 12 Monate ausgefüllt werden. Nachteil: Nur beim Grundbescheid für einen Bewilligungszeitraum wird alles ausdrücklich geprüft. Leistungsschädlich – weil „sozialwidrig“ – soll künftig nicht nur die Herbeiführung der Hilfebedürftigkeit sein, sondern auch deren „Beibehaltung“ oder „Nichtverringerung“ – schwammige Begriffe, die zu unterschiedlichen Auslegungen durch die JobCenter einladen. Schon bisher hatten Widersprüche gegen die meisten Bescheide keine aufschiebende Wirkung. Dies soll in Zukunft auch beim „Entziehen“ des Leistungsanspruchs wegen fehlender Mitwirkung gelten.

Die zeitweise Bedarfsgemeinschaft

Stirbt ein SGB II-Berechtigter, werden für den Sterbemonat gezahlte Leistungen nicht mehr tageweise zurück gefordert. Die Erbenhaftung wird ersatzlos gestrichen. Damit müssen Erben nicht mehr für die Rückzahlung von Sozialleistungen des Erblassers eintreten.



Illustration: Saskia Strötgen



Der Autor ist Rechtsanwalt und Fachanwalt für Sozialrecht. Seine Beratungsstellen finden Sie unter www.hartz4.nrw.

Kinder, die abwechselnd bei ihren getrennt lebenden Eltern wohnen, können zeitweise beiden „Bedarfsgemeinschaften“ angehören. Leider soll es bei der verwaltungsaufwändigen tauglichen Abrechnung bleiben. Hierbei werden vom Regelsatz einer Bedarfsgemeinschaft die Tage abgezogen, die das Kind in der jeweils anderen Bedarfsgemeinschaft verbringt. Dabei verursacht der Wechsel zwischen den Bedarfsgemeinschaften Mehrkosten, die die Gewährung

erbracht werden. Diese Leistungen werden „normale“ SGB II-Leistungen und sind nicht mehr auf die ungedeckten Unterkunftskosten begrenzt, eine echte Verbesserung. Neu ist ein einheitlicher Absetzbetrag beim Einkommen für Auszubildende in Höhe von mindestens 100 Euro.

Förderung der Berufsausbildung

Wurde bisher vom JobCenter im Normalfall nicht mehr gezahlt, sobald eine förderfähige Berufsausbildung begonnen wurde, müssen nun Leistungen bis zur Entscheidung über den Antrag auf Ausbildungsförderung erbracht werden. Bisher galt dies nur für Grundmiete und Betriebskosten und Heizkosten in einer Summe prüfen. Bisher galt dies nur für Grundmiete und Nebenkosten. Zu der Neuerung gibt es unterschiedliche Ansichten. Als Beispiel sieht Tacheles e.V. die Neuerung kritisch, der Autor macht dies von der Bemessung der Heizkostengrenze abhängig.

Was wird angerechnet?

Das Mutterschaftsgeld vor der Geburt soll wie das Einkommen aus unmittelbar vorheriger Erwerbstätigkeit angerechnet werden. Ebenso Mutterschaftsgeld nach der Geburt, wobei hier höheres einmaliges Einkommen angerechnet wird, können Betroffene SGB II-Leistungen als Darlehen zu Zwecken, die vom Sozialrecht gebilligt werden, ausgegeben haben.

Kosten der Unterkunft

Fortan sollen die JobCenter die Angemessenheit von Grundmiete, Betriebskosten und Heizkosten in einer Summe prüfen. Bisher galt dies nur für Grundmiete und Nebenkosten. Zu der Neuerung gibt es unterschiedliche Ansichten. Als Beispiel sieht Tacheles e.V. die Neuerung kritisch, der Autor macht dies von der Bemessung der Heizkostengrenze abhängig.

Rückzahlungen und Guthaben, die der Haushaltsenergie (alt) oder nicht anerkannter Aufwendungen für Unterkunft und Heizung zuzuordnen sind, bleiben anrechnungsfrei.

Bei einem Umzug in den Zuständigkeitsbereich eines anderen JobCenters ist nun das neue JobCenter für die Zusicherung zur Berücksichtigung der neuen Unterkunftskosten zuständig.

Vorschüsse und Aufrechnungen

Höchstens 100 Euro der Leistungen des Folgemonats können als Vorschuss gewährt werden. Keine Vorschüsse gibt es bei einer Aufrechnung, einer Sanktion im Folgemonat oder wenn innerhalb der letzten zwei Monate schon einmal ein Vorschuss gewährt wurde. Der Vorschuss wird von den Leistungen des Folgemonats abgezogen. Aufrechnungen von Darlehen werden ausgesetzt, wenn eine Sanktion in Höhe von 30 Prozent und mehr des Regelbedarfs vorliegt. Bei niedrigeren Sanktionen ist die Aufrechnung begrenzt auf bis zu 30 Prozent des Regelbedarfs. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die angekündigten – und eine Reihe weiterer – Änderungen kommen, aber noch sind sie nicht Gesetz. Wie immer gilt: Wenn Sie Probleme mit dem JobCenter haben, scheuen Sie sich nicht, die vielfältigen Beratungsangebote in der Stadt Essen zu nutzen.



Buchtipps

Welche Marke steckt dahinter?

Von Martina Schneider

Sie wollen beim Einkaufen Geld sparen, ohne dabei auf Qualität zu verzichten?

Viele Lebensmittelhersteller produzieren nicht nur ihre bekannte Markenware, sondern beliefern den Handel auch mit einem deutlich preiswerteren No-Name-Sortiment. Mit diesem Buch können Sie auf einen Blick feststellen, welche renommierten Markenhersteller sich hinter den preiswerten verbergen und wo eine Schnäppchen-Kopie Ihres Lieblingsproduktes angeboten wird.

Erschienen ist das Buch im Südwest-Verlag und hat 112 Seiten. Die ISBN lautet 978-3-517-08826-6. Der Preis beträgt 7,99 Euro.

20 Prozent des Potts leben in Armut

Geht es Deutschland gut?

von Daniel Kerekes

Deutschland geht es gut, das ist das bekannteste Mantra der Bundeskanzlerin Angela Merkel nach „Wir schaffen das“. Doch wem genau geht es eigentlich gut? Die Zahlen im neuen Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sprechen nämlich eine andere Sprache: Das Ruhrgebiet ist die neue Armutsmetropole der Bundesrepublik.

Jeder fünfte Erwachsene und jedes dritte Kind leben in Armut. Als arm gilt nach der Definition der EU, wer weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens verdient. In Deutschland sind danach 12,5 Millionen Menschen von Armut betroffen: Alleinlebende mit einem Nettoeinkommen von weniger als 892 Euro und jede Familie mit zwei Kindern und einem Einkommen von weniger als 1.872 Euro.

Und das in einer Region, die einst vor Industrie nur so strotzte. Doch seit der fortschreitenden Deindustrialisierung und der Agenda 2010 unter Rot-Grün



Achtfuffzig Mindestlohn

Foto: Andreas Hermsdorf/pixelio.de

sowie deren Fortführung unter Schwarz-Gelb, werden immer mehr Menschen abgehängt. Nicht nur deshalb hat DIE LINKE stets gegen neoliberale Reformen gekämpft, egal ob sie von Grünen, FDP, CDU oder SPD getragen wurden. Essen ist ein Musterbeispiel für die steigende Armut. Während der bevölkerungsreiche Norden und infrastrukturellen Problemen zu kämpfen hat, geht es dem weitestgehend wohlhabenden Süden gut. Hand in Hand mit der steigenden Armut nimmt der Reichtum der oberen zehn Prozent rasant zu: Die reichsten

zehn Prozent der Deutschen besitzen mehr als 50 Prozent des Vermögens, während die ärmsten 50 Prozent, also 40 Millionen Menschen, lediglich ein Prozent des Nettovermögens haben. Es ist wie immer ein Verteilungsproblem. Deswegen kämpft DIE LINKE. Essen für die Abschaffung von Hartz4 und die Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung in Höhe von 1.050 Euro. Gleichzeitig brauchen wir eine Vermögens- bzw. Millionärssteuer, um Geld in Soziales zu investieren. Die Reichen haben lange genug schmarrotzt!

Offene Hartz4-Beratungen

Montags, 9.30 - 11.30 Uhr

Ev. Gemeindezentrum, Ohmstraße 9, Essen-Altendorf, mit RA Carsten Dams

Dienstags, 10.00 - 12.00 Uhr

Zeche Carl, Förderturmhaus, Wilhelm-Nieswandt-Allee 102, Essen-Altenessen

Dienstags, 13.30 - 16.30 Uhr

Büro der BG45 im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Essen-Innenstadt, mit RA Carsten Dams

Dienstags, 14.00 - 16.00 Uhr

Treffpunkt Altendorf, Kopernikusstraße 3, Essen-Altendorf

Mittwochs, 9.00 - 11.00 Uhr

Der Paritätische, Camillo-Sitte-Platz 3, Essen-Huttrop

Mittwochs, 14.00 - 16.00 Uhr

Bürgerladen Hörsterfeld, Mierendorfer Weg 11, Essen-Horst

Mittwochs, 15.00 - 16.30 Uhr

Ev. Jugend- und Gemeindezentrum Weigle-Haus, Hohenburgstraße 96, Essen-Innenstadt, mit RA Carsten Dams

Donnerstags, 9.00 - 12.00 Uhr

Bürgerzentrum Kontakt, Katernberger Markt 4, Essen-Katernberg

Donnerstags, 16.00 - 18.00 Uhr

Büro DIE LINKE. Essen, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Essen-Innenstadt, mit RAin Gabriele Junker

Freitags, 9.00 - 11.00 Uhr

Sozialpädagogische Familienhilfe e.V., Rechtstraße 7-9, Borbeck-Mitte in der Fußgängerzone, mit RA Jan Häußler

Freitags, 9.00 - 12.00 Uhr

Ev. Gemeindezentrum Königsstele, Kaiser-Wilhelm-Straße 39, Essen-Steele, mit RA Carsten Dams

Freitags, 11.00 - 13.00 Uhr

Zwingli-Jugendhaus, Theodorstraße 20 am Eltingplatz, Essen-Innenstadt

Aktuelle Infos sowie Beratungsstellen in der Umgebung Essens finden Sie auf

www.dielinke-essen.de/nc/start/sozialberatung/



STEAG-Vattenfall-Deal hinter dem Rücken der Räte

Das Klimabündnis Niederrhein demonstrierte vor der Sitzung des Umweltausschusses in Duisburg am 16. Februar 2016. Foto: Klaus Kubernus-Perscheid

Umweltschädlich und hochriskant

Im November letzten Jahres wurde bekannt, dass die STEAG Interesse an einer Übernahme der Braunkohlesparte von Vattenfall in der ostdeutschen Lausitz hat. Dem Vernehmen nach hat die STEAG ein Angebot über einen dreistelligen Millionenbetrag abgegeben. Obwohl die STEAG GmbH über eine

Kommunale Beteiligungsgesellschaft (KSBG) im Besitz der Städte Bochum, Duisburg, Dortmund, Dinslaken, Essen und Oberhausen ist, wurden die Räte der betroffenen Städte über diesen Deal nicht informiert. Auch die Öffentlichkeit wird bis heute im Dunkeln über die Absichten der STEAG gelassen.

da schnellstens raus und dürfen nicht weiter in eine rückwärts-gewandte Technologie investieren!" heißt es in einer Stellungnahme.

Unter den Kraftwerken von Vattenfall ist auch das Kraftwerk Jänschwalde, das in den letzten Jahren wegen seiner enormen CO2-Emissionen im Fokus der Kritik stand. Mit ca. 24 Millionen Tonnen CO2 pro Jahr gehört Jänschwalde nach Neurath und Niederaußem zu den drei Kraftwerken mit den höchsten absoluten Emissionen in Deutschland.

Neben den Umweltargumenten warnt das Klimabündnis Niederrhein auch vor den finanziellen Risiken des Projektes. Sollen die langfristigen Klimaziele der Bundesregierung (80-95 Prozent Reduktion) erreicht werden, wird es in den nächsten Jahren ein Kohleausstiegsprogramm geben müssen. Unternehmen werden dann ihre Rohstoffvorkommen nicht mehr fördern und verkaufen können. Dadurch ist damit zu rechnen, dass die Unternehmen, die im fossilen Sektor arbeiten, stark an Wert verlieren werden. Eine heutige Investition



in den fossilen Sektor bedeutet daher ein hohes finanzielles Risiko, das im Falle eines Verlustes die ohnehin schon finanzschwachen Kommunen im Ruhrgebiet tragen müssten.

Hinzu kommt, dass die STEAG den australischen Finanzinvestor Macquarie mit ins Boot geholt hat. Macquarie ist ein ganz großer Investor in öffentliche Infrastruktur. Ihm gehören schon heute Flughäfen, Strom- und Gasnetze und Autobahnen in ganz Europa. Solche Investoren haben nur ein Ziel, und das ist Profit. Sollte die STEAG bei einem Einstieg in die Braunkohle nicht die Gewinne erwirtschaften, die die Investoren verlangen, werden die Menschen in den Städten für die Gewinne der Finanzinvestoren zahlen müssen.

Die Geheimdiplomatie der STEAG hat die Stadträte in den STEAG-Städten verunsichert und mit dazu geführt, dass sich viele Stadträte bereits gegen diesen Deal ausgesprochen haben. In Duisburg (Umweltausschuss), Oberhausen, Essen und Bochum gibt es bereits entsprechende Beschlüsse.

milliardenschweres Steuergeschenk für die Energiekonzerne, das man nur als illegale Subventionierung bezeichnen kann.

Das Beispiel RWE zeigt sehr gut, dass Schlüsselindustrien wie der Energiesektor niemals in die Hände von Börsenzockern gegeben werden dürfen. Doch viel zu lange sind auch die Kommunen, die im Aufsichtsrat des Unternehmens sitzen, dem desaströsen Kurs der Geschäftsführung und des Vorstands gefolgt. Hauptsache, die Dividende stimmte.

Die Forderung nach einer Vergesellschaftung lebenssichernder Industrien ist daher nach wie vor aktuell, sie darf aber nicht für sich allein stehen. Wir brauchen eine stärkere staatliche Förderung im Bereich der Forschung erneuerbarer Energien, eine stärkere Anstrengung in der Umsetzung bereits bestehender Konzepte und harte gesetzliche Regularien, die den gesamten Energiesektor in Bezug auf die „Ewigkeitslasten“ nicht aus der Verantwortung entlassen.

Es muss sichergestellt werden, dass RWE für die hohen Kosten der Atommülllagerung und der zu sanierenden Schäden aus dem Braunkohleabbau auch in Zukunft gerade steht und keine Verlagerung auf die öffentlichen Haushalte erfolgt.

D von Klaus Kubernus-Perscheid
 Der Energieversorger Vattenfall befindet sich im Besitz des schwedischen Staates. Nach einem rot-grünen Regierungswechsel in Schweden trug die neue Regierung dem Konzern auf, seinen Anteil an Kohle und Uran bei der Stromerzeugung zugunsten erneuerbarer Energien zu verringern. Im Oktober 2014 hatte die deutsche Tochter deswegen den Verkauf des Braunkohlegeschäfts angekündigt. Vattenfall möchte ein Gesamtpaket verkaufen, das aus Tagebauen, Kohlekraftwerken, Wasserkraftwerken, Pumpspeicherwerken und Stauseen besteht. Zurzeit betreibt Vattenfall mit ca. 8.000 Arbeitsplätzen

in Brandenburg und Sachsen vier Braunkohletagebaue und vier Braunkohlekraftwerke. Ende November wandte sich das Klimabündnis Niederrhein mit einem offenen Brief an die verantwortlichen Bürgermeister der Städte. Das Bündnis aus mehr als 30 Organisationen hält die Überlegungen des Stadtwerke-Konsortiums für grundlegend falsch und appellierte an die politisch Verantwortlichen, dem Kauf der Braunkohleanlagen durch die STEAG nicht zuzustimmen. Vor

dem Deal protestiert: „Die Braunkohle ist ein destruktiver Energieträger, der auf diesem Planeten mehr Schaden als Nutzen anrichtet. Die Braunkohle ist nicht nur der klimaschädlichste aller Energieträger überhaupt, der Betrieb der Braunkohlekraftwerke gefährdet auch die Gesundheit der Menschen vor Ort, und die Braunkohletagebaue zerstören die Lebensgrundlagen vieler Menschen. Wir müssen



Unser Gastautor ist einer der drei Sprecher des Klimabündnisses Niederrhein

Dividendenausfall beim Energieriesen

Null Prozent für klamme Ruhrkommunen

Die Bombe bei RWE ist geplatzt: Der börsennotierte Energieriese wird voraussichtlich die Dividende, also Teile des Gewinns, den das Unternehmen im Börsencasino erspielt hat, nicht an die Aktionäre weiterreichen. Die Hauptversammlung des Konzerns soll am 20. April darüber abstimmen. Die Dividende würde in den Haushalten der RWE-Kommunen schmerzlich fehlen. RWE könnte damit den Ruhrkommunen, die unter dem sogenannten Stärkungspakt kaputtgekürzt werden, den Todesstoß geben und zum Henker vieler Städte werden.

Essen bedeutet der Ausfall der Dividende die Streichung von etwa 9,4 Millionen Euro für dieses Jahr. Stadtkämmerer Lars Martin Kliewe zeigte sich völlig überrumpelt und empört. In einem Interview sprach er von einem der „schlimmsten Albträume“. Inzwischen wird offen darüber spekuliert, die Grundsteuer B rückwirkend zum 1. Januar 2016 um rund 7,5 Prozent zu erhöhen, um das Haushaltsloch zu stopfen. Eine völlig unsoziale Maßnahme, denn diese Steuererhöhung trafe vor allem die Mieterinnen und Mieter. Jahrzehnte florierte das Geschäft mit dem Atomstrom. Die Energieunternehmen bekamen Subventionen und Steuernachlässe. Außerdem wurden sie

nicht mit lästigen Fragen, was mit dem noch in Jahrmillionen strahlenden Müll ihrer Industrie geschehen soll, behelligt. So wuchsen die Gewinne in den Himmel. Zäsur dieses blinden und verantwortungslosen Gewinnstreichens war die Atomkatastrophe in Fukushima. Es ist der globalen Anti-Atom-Bewegung zu verdanken, dass das Bild des sauberen Atomstroms in Folge der Fukushima-Katastrophe ein Ende gefunden hat und der öffentliche Druck die Energieriesen dazu zwang, die Energiegewinnung aus umweltverpestenden Rohstoffen zurückzufahren. Teure Fehlinvestitionen taten ein Übriges. Mehr als 10.000 Arbeitsplätze bei RWE sind seit 2012 ver-

schwunden. Mit Kohle und Atom verdient der Konzern auch in den nächsten Jahren kein Geld. RWE rechnet nach eigenen Angaben für 2015 mit einem Betriebsergebnis zwischen 2,8 und 3,1 Milliarden Euro. Bereits im vergangenen Geschäftsjahr war der Gewinn von 4 auf 3,8 Milliarden Euro geschrumpft. Ein Zukunftsmodell hat der Konzern aber nicht. Vielmehr stellt der Konzern selbst die Eigentumsfrage: Nicht mehr profitable Unternehmensbereiche werden ausgelagert. Gehen diese ausgelagerten Bereiche pleite, müsste die Allgemeinheit für die milliardenschweren Kosten bei der Sanierung der Braunkohletagebaue und der Atommülllagerung gerade stehen. Zum 1. Januar hatte der Energieriese und RWE-Konkurrent E.ON bereits erste Abspaltungen vorgenommen, und auch RWE hat dies inzwischen angekündigt. Das Haftungssicherungsgesetz,



Hubertus Zdebel ist Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag für Fragen des Atomausstiegs

balen Anti-Atom-Bewegung zu verdanken, dass das Bild des sauberen Atomstroms in Folge der Fukushima-Katastrophe ein Ende gefunden hat und der öffentliche Druck die Energieriesen dazu zwang, die Energiegewinnung aus umweltverpestenden Rohstoffen zurückzufahren. Teure Fehlinvestitionen taten ein Übriges. Mehr als 10.000 Arbeitsplätze bei RWE sind seit 2012 ver-

D von Hubertus Zdebel
 Dies trifft die hoch verschuldeten Städte im Ruhrgebiet besonders hart. Kommunen wie Essen, Oberhausen, Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg und Gelsenkirchen halten rund 25 Prozent der Anteile an RWE; sie wären massiv von den angekündigten Dividendestreichungen betroffen. Für

Goldesel Atomstrom
 Die Energieunternehmen bekamen Subventionen und Steuernachlässe. Außerdem wurden sie

Milliardenschwere Steuergeschenke

mit dem die Atomkonzerne daran gehindert werden sollten, sich derart aus der Verantwortung für die Finanzierung der Atommüll-Kosten zu stellen, wurde bis heute nicht durchgesetzt. Die CDU/CSU-Fraktion hatte die Beratungen im Bundestag mit Zustimmung der SPD-Fraktion gegen den Protest von LINKEN und Grünen von der Tagesordnung genommen. Eine Regierungskommission von SPD, CDU und Grünen beklagte mittlerweile eine „Überforderung der Betreiber“ und kündigte an, dass die Atomkonzerne zukünftig nicht mehr in vollem Umfang für die Kosten der Lagerung des von ihnen erzeugten Atommülls haften sollen. Ein

Foto: Wilfried Bienek

Nach Silvester in Köln und anderswo

Menschen werden abgeschoben – Sexismus bleibt!

Das Medienecho der Silvesterangriffe auf Frauen in Köln gab Rechten und christlich-konservativen Kräften Rückenwind: Es wurde und wird tüchtig Stimmung gegen Flüchtlinge gemacht – über die Ursachen von Sexismus allerdings wird weiterhin geschwiegen.

Von Marion Wegscheider

454 angezeigte sexuelle Übergriffe, 59 ermittelte Tatverdächtige, davon 13 in Untersuchungshaft, Anzahl der beteiligten Flüchtlinge: maximal 3. So lautete Anfang Februar die Bilanz zur Silvesternacht. Und trotz eines massiven Polizeiaufgebots kam es nur fünf Wochen später wieder zu sexueller Belästigung von Frauen auf einer Großveranstaltung: Im Kölner Karneval 2016 wurden insgesamt 66 sexuelle Übergriffe zur Anzeige gebracht. Eine belgische Reporterin wurde vor laufender Kamera von einer Gruppe deutscher Männer belästigt; einer der Männer griff ihr an die Brust und fragte, ob sie mit ihm schlafen wolle. Große Empörung darüber fehlte in den Medien weitgehend. Die Übergriffe von Silvester dagegen sorgen immer noch für eine massive öffentliche Auseinandersetzung – über Flüchtlinge, Asylpolitik, Islam und Sicherheit. Um eine ernsthafte Diskussion zu Sexismus und sexueller Gewalt in unserer Gesellschaft ging und geht es den meisten offenbar nicht.

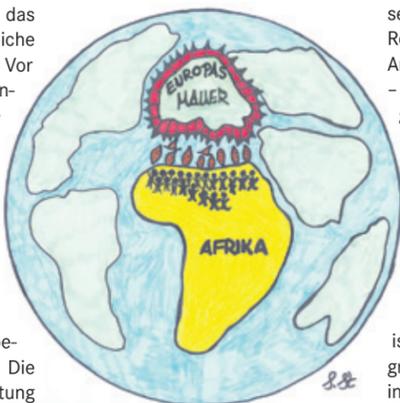
Flüchtlingsunterkünfte brennen, ausländisch aussehende Menschen werden verfolgt, die Polizei veranstaltet fremdenfeindliche Razzien. Konservative und Sozialdemokraten tun ihren Teil dazu und stellen das Asylrecht grundsätzlich in Frage, was durch das neu beschlossene, entsetzliche Asylpaket II zementiert wird. Vor allem Muslimen und Musliminnen wird vorgeworfen, die christlich-abendländische Kultur, europäische Traditionen, gesellschaftliche Ideale oder kurzum „unsere westlichen Werte“ zu bedrohen.

Seit Köln gehören zu diesen bedrohten Werten ganz besonders die Rechte der Frau. Die Kluft zwischen dieser Behauptung und der Realität zeigt sich besonders an den Maßnahmen, die zum „Schutz“ der Frauenrechte seit Januar ergriffen wurden: Es bildeten sich rechte Bürgerwehrstrukturen oder Demonstrationen für den Schutz „deutscher Frauen“ vor „Rapefugees“, also vergewaltigenden Flüchtlingen. Hooligan-Gruppen posteten auf Facebook und Co. es müsse das „Hausrecht“ gegenüber Flüchtlingen durchgesetzt werden – also das Recht der deutschen Männer auf die Frauen in Deutschland. Der vielbeschworene „Schutz“ dient nicht Frauen und ihren Rechten, sondern konservativen Rollenbildern und männlichen Besitzansprüchen.

Der Schutz von Frauen vor sexueller Gewalt ist in Deutschland ein großes Problem. Denn sexuelle Gewalt wird als wesentlich weniger verbreitet empfunden, als sie es tatsächlich ist. Fakt ist, dass Sexualdelikte vor dieser Silvesternacht selten zu Anzeigen und noch seltener zu Verurteilungen

geführt haben. Beim diesjährigen Karneval in Köln hatten Frauen dagegen, möglicherweise bestärkt durch die zahlreichen Anzeigen der Silvesternacht, offenbar mehr Vertrauen in den Staat. So bekam ein Türsteher eine Anzeige, der eine Frau vor die Wahl stellte, mehr Eintritt zu zahlen oder ihm ein „Bützchen“ (Küsschen) zu geben, um durch die Tür zu kommen. Der Kölner Polizeidirektor bestätigte, dass ein solcher Vorfall ohne die Ereignisse von Silvester wohl nicht angezeigt worden wäre, da er als „harmlos“ gegolten hätte. Daraus ergibt sich die Frage: Was wäre, würde jeder sexistische Spruch, jedes Grabschen, jedes aufdringliche Starren oder manipulative Verhalten, dem Frauen ausgesetzt sind, angezeigt? Vermutlich hätte das Anzeigevolumen der Silvesternacht bald keinen Seltenheitswert mehr, und die Tätergruppe „Männer aus dem Maghreb“ würde die Bilanz höchstwahrscheinlich nicht anführen.

Das Bild von dem „Fremden“, der „unsere“ deutschen Frauen bedroht, ist mit der Wirklichkeit nicht in Einklang zu bringen. Die Statistik des Bundeskriminalamts für 2014 weist 7.345 angezeigte Vergewaltigungen und sexuelle Nötigungen aus. Insgesamt wurden 12.742 „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung unter Gewaltanwendung“ angezeigt. In nur 7 Prozent der Fälle waren die Opfer männlich, in 93 Prozent der Fälle weiblich. Nur in



rund 30 Prozent der Fälle waren die Täter fremde Dritte oder blieben unbekannt, in rund 70 Prozent entstammten die Täter dem Freundes- und Bekanntenkreis, waren Lebenspartner oder Ehegatten, der eigene Arbeitgeber, Lehrer oder Arzt. Die polizeiliche Kriminalstatistik spricht eine eindeutige Sprache: Sexuelle Gewalt ist keine Frage der Herkunft, der Religion, der Hautfarbe, des Fremden. Sexuelle Gewalt ist – entsprechend der Bevölkerung – mehrheitlich deutsch!

Denn genau so, wie manche die „Kultur“ der Täter von Köln zur Ur-

sache für ihr sexuell übergriffiges Verhalten erklären, lässt sich der Spieß umdrehen, wenn man sich unsere Kultur näher ansieht. Eine Kultur, in der sexuelle Gewalt gegen Frauen an der Tagesordnung ist und gleichzeitig alltäglicher

Sexismus ver-harmlos wird; in der Jungge-sellenabschiede in Zehner- oder Zwanzigergruppen durch nächtliche Straßen ziehen und Passantinnen zu sexistischen Spielchen nötigen – teilweise auch als „Kulturexport“ auf „Partyinseln“ wie Mallorca oder Ibiza. Vor diesem Hintergrund ist es eine Unverschämtheit, „westliche Werte“ zu beschwören und von Geflüchteten, Muslimen und Migranten „Respekt gegenüber Frauen“ einzufordern – wo es doch offensichtlich in unserer Gesellschaft keineswegs üblich ist, Respekt für Menschen unabhängig von Geschlecht oder Herkunft zu zeigen.

Ein Land, das Menschen an seinen Grenzen systematisch in „legal“ und „illegal“ einteilt, kann weder behaupten, Respekt zu kennen, noch eine menschliche Kultur oder Werte zu pflegen. Was hierzulande in Wahrheit gepflegt wird, sind Macht- und Herrschaftsstrukturen. Und denen sind Sexismus und gesellschaftliches Wegsehen nur dann Empörung wert, wenn sich die Täter in die unerwünschte „illegale“ Kategorie einordnen lassen.

Solange in unserem Land Rassismus hilft, Sozialabbau zu rechtfertigen, und gleichzeitig durch sexistische Vorstellungen und Rollenbilder kostengünstige Care-Arbeit – größtenteils durch Frauen – abgesichert ist, sollten bei jeder gesellschaftlichen „Alternative“, die den Kapitalismus an sich nicht in Frage stellt und sich trotzdem auf gesellschaftliche „Werte“ beruft, alle Alarmglocken läuten. Besonders wenn sie sich mit einer völkisch-nationalen Ideologie hervortut, wie es derzeit bei der AfD der Fall ist. Das Frauenbild der AfD ist ein großer Schritt zurück in eine Welt, in der Frauen vergleichsweise entrechtet waren und Männer jederzeit von ihrem „Hausrecht“ Gebrauch machen konnten.

Der Kampf gegen diese Bauernfänger geht uns alle an, wenn wir nicht auf eine Zeitreise in noch schlimmere Zustände gehen wollen. Für diesen Kampf braucht es wirklich alternative Konzepte – wie beispielsweise die Kampagne #ausnahmslos gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus –, verfasst und unterzeichnet von zahlreichen namhaften Feministinnen der deutschen Öffentlichkeit. Sie kämpft ganz klar für die Rechte aller Frauen – nicht nur für den

„Schutz der deutschen Frau“. So zielen ihre Forderungen unter anderem darauf ab, das Strafrecht zu reformieren und Beratungs- und Schutzeinrichtungen für Betroffene sexueller Gewalt zu fördern – statt einfach nur „mehr Polizei“. Die Kampagne macht klar, was dem „Medienhype“ fehlt: die Warnung davor, Menschen in zwei Klassen aufzuteilen. Wer „deutsche Frauen“ schützen will, aber das Asylpaket II ignoriert,

welches Frauen und Kinder aus Kriegsgebieten weitgehend ohne Schutz lässt, tut nicht wirklich etwas gegen Sexismus und sexuelle Gewalt. Frauen sind nämlich auf jeder Seite der kapitalistischen Weltordnung Leidtragende – Sexismus gegen sie wird wahlweise auf ihre Kultur geschoben oder geleugnet, je nachdem woher sie kommen. Der einzige Weg in eine Gesellschaft ohne Sexismus führt über die Organisation gesellschaftlicher Proteste gegen Sexismus und Rassismus gleichermaßen. Wir müssen einen vereinten, solidarischen Kampf gegen den Kapitalismus und die Festung Europa führen – damit für rassistische und ausbeuterische Ideologien kein Spielraum bleibt.

Marion Wegscheider ist Mitglied im Kreisverband DIE LINKE. Essen und aktiv in der Frauenarbeitsgemeinschaft LISA NRW. Sie schreibt u.a. für das Onlinemagazin „Die Freiheitsliebe“ zu den Themen Rassismus, Sexismus und Feminismus.





Am 12. März fand die bundesweite Frauenkampftagdemo mit mehreren tausend Teilnehmer*innen in Köln statt. Aufgerufen hatte unter dem Motto „Reclaim Feminism - unser Feminismus ist antirassistisch!“ ein breites Bündnis als Reaktion auf die Hetze gegen Flüchtlinge als Resultat der Kölner Silvesternacht. Auch DIE LINKE Essen war mit vielen Genoss*innen dabei. Für einen feministischen Antirassismus - für einen antirassistischen Feminismus!“

#ausnahmslos

Gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Immer. Überall.

In der Silvesternacht auf 2016 waren in Köln und anderen deutschen Städten viele Frauen sexualisierter Gewalt an öffentlichen Plätzen ausgesetzt. Diese Taten müssen zügig und umfassend aufgeklärt werden. Die Schutzlücken im Straftatbestand der sexuellen Nötigung/Vergewaltigung müssen endlich geschlossen werden. Wir fordern, dass den Betroffenen jetzt alle Unterstützung und Hilfe zukommt, die sie benötigen. Wir stehen solidarisch mit all denjenigen, die sexualisierte Gewalt und Belästigung erfahren und erfahren haben.

Als Feminist_innen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen setzen wir uns seit vielen Jahren für Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und für eine offene und faire Gesellschaft ein, engagieren uns gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt. Dabei haben wir gelernt, wie wichtig es ist, auch gegen Rassismus und andere Formen von Diskriminierung zu stehen.

Dafür setzen wir uns ein:

Der konsequente Einsatz gegen sexualisierte Gewalt jeder Art ist unabdingbar und von höchster Priorität. Es ist für alle schädlich, wenn feministische Anliegen von Populist_innen instrumentalisiert werden, um gegen einzelne Bevöl-

kerungsgruppen zu hetzen, wie das aktuell in der Debatte um die Silvesternacht getan wird.

Sexualisierte Gewalt darf nicht nur dann thematisiert werden, wenn die Täter die vermeintlich „Anderen“ sind: die muslimischen, arabischen, schwarzen oder nordafrikanischen Männer – kurzum, all jene, die rechte Populist_innen als „nicht deutsch“ verstehen. Sie darf auch nicht nur dann Aufmerksamkeit finden, wenn die Opfer (vermeintlich) weiße Cis-Frauen sind. Der Einsatz gegen sexualisierte Gewalt muss jeden Tag ausnahmslos politische Priorität haben, denn sie ist ein fortwährendes Problem, das uns alle betrifft.

2014 ergab eine Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA), dass mehr als die Hälfte aller Frauen bereits sexuell belästigt wurde und ein Drittel sexualisierte und/oder physische Gewalt erlebte. Die polizeiliche Kriminalstatistik weist jährlich mehr als 7.300 angezeigte Vergewaltigungen und sexuelle Nötigungen in Deutschland aus, das sind zwanzig jeden Tag. Die Dunkelziffer liegt weitaus höher.

Alle Menschen sollen sich von klein auf, unabhängig von ihrer Ethnie, sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität, Religion oder Lebensweise, sicher fühlen und vor verbalen und körperlichen Übergriffen geschützt sein: egal ob auf der Straße, zu Hause, bei der Arbeit oder im Internet. Ausnahmslos. Das sind die Grundlagen einer freien Gesellschaft.

Für diese politischen Lösungen setzen wir uns ein:

1. Die Arbeit der Beratungsstellen muss gestärkt und ihr Angebot ausgebaut werden, einschließlich

Therapiemöglichkeiten und besserem, schnelleren Zugang zu Therapieplätzen. Auch die Arbeit von Frauenhäusern muss gestärkt und vor allem finanziell ausreichend abgesichert werden. Alle Beratungsstellen und -angebote müssen barrierefrei sein.

2. Die Gesetzeslage muss angepasst werden: Sexuelle Belästigung ist in Deutschland immer noch keine eigenständige Straftat. Und ob eine Vergewaltigung als strafbar gilt, wird zum Beispiel auch daran festgemacht, ob sich die betroffene Person ausreichend zur Wehr setzte.

3. Mehr öffentliche Aufklärungsarbeit hilft, Gewalt zu vermeiden, und signalisiert den Betroffenen, dass sie sich Hilfe holen und mit gesellschaftlicher Unterstützung rechnen können. Wir möchten dafür sensibilisieren, dass die Gefahr, Sexismus und sexualisierte Gewalt zu erleben, im engen sozialen Umfeld besonders groß ist und in allen gesellschaftlichen Gruppen vorkommt.

4. Auch eine geschlechtersensible Pädagogik kann (sexualisierter) Gewalt vorbeugen. Dazu zählt nicht zuletzt die Aufklärung über Geschlechterstereotype und die Bedeutung von Sprache.

5. Polizei und Justiz müssen geschult werden, damit es überhaupt zu Strafverfolgung kommt und in diesen Prozessen sensibel und respektvoll mit Betroffenen umgegangen wird.

Für diese gesellschaftlichen Lösungen setzen wir uns ein:

6. Die Debatte über sexualisierte Gewalt muss offen, kritisch und differenziert geführt werden. Dazu gehört die Analyse, Aufarbeitung und

Bekämpfung von soziokulturellen und weltanschaulichen Ursachen von Gewalt. Dringend muss auch über Auswirkungen gesellschaftlicher Stigmatisierung von Betroffenen sexualisierter Gewalt gesprochen werden.

7. Betroffene sexualisierter Gewalt müssen ernst genommen werden. Es darf keine Täter_innen-Opfer-Umkehrung, wie in Form von Verhaltensregeln für Betroffene, und keine Verharmlosung geben.

8. Sexismus und Rassismus sind nicht Probleme „der Anderen“: Wir alle sind von struktureller Diskriminierung geprägt und müssen erlernte Vorurteile erst einmal reflektieren, um sie abzulegen.

9. Wer Zeug_in von sexualisierter Gewalt und Sexismus wird, sollte nicht wegschauen, sondern eingreifen – von Hilfe und Beistand bei sexualisierten Übergriffen bis zum Einspruch gegen sexistische Sprüche, „Witze“ oder Werbung.

Für diese medialen Ansätze setzen wir uns ein:

10. Die mediale Berichterstattung über sexualisierte Gewalt darf die Opfer nicht verhöhnern und die Taten nicht verschleiern. Täter sollten nicht als „Sex-Gangster“ oder „Sex-Mob“ beschrieben – da sexualisierte Gewalt nichts mit Sex zu tun hat – und häusliche Gewalt nicht als „Familien-“ oder „Beziehungs-drama“ verharmlost werden.

11. Sexismus und andere Diskriminierungsformen müssen als Nährboden für sexualisierte Gewalt verstanden und als reale und bestehende Probleme anerkannt werden. Es muss ernst genommen werden, wie die mediale Darstellung u.a. weiblicher Körper als Lustobjekte mit sexualisierter Gewalt

verknüpft ist. Sexismus darf weder im Alltag noch in der Werbung und in den Medien Platz haben.

12. Das Problem des Sexismus und der sexualisierten Gewalt darf nicht „islamisiert“ und damit pauschal einer Religion und ihren – häufig vermeintlichen – Angehörigen zugeschrieben werden. Damit werden mindestens 5 Millionen Menschen in Deutschland unter Generalverdacht gestellt. Redaktionen sollen reißerische und stigmatisierende Deutungen vermeiden, denn diese ziehen konkrete negative Folgen für Mitglieder unserer Gesellschaft nach sich.

13. Die Bildsprache ist frei von rassistischen und sexistischen Klischees zu halten. Bilder wirken unterbewusst und können selbst eine differenzierte Berichterstattung torpedieren.

14. Redaktionen müssen vielfältiger werden. Nach wie vor sind nur ein Bruchteil der Journalist_innen in Deutschland nicht-deutscher Herkunft, und Berufswege stehen vor allem Menschen mit formal hoher Bildung offen. Männlich, heterosexuell und weiß dominierte Chefredaktionen tragen dazu bei, dass Themen, die andere Geschlechter, Ethnien und Minderheiten betreffen, nicht mit ausreichend Raum und Kompetenz behandelt werden.

Verfasser_innen: Kübra Gümüşay, Anne Wizorek, Emine Aslan, Stefanie Lohaus, Teresa Bückler, Keshia Fredua-Mensah, Gizem Adiyaman, Dudu Küçükgöl, Helga Hansen, Kristina Lunz, Nicole von Horst, Antje Schrupp, Sookee, Gesine Agena, Jasna Strick, Yasmina Banaszczuk, Lavinia Steiner, Katrin Gottschalk, Ninia LaGrande, Hengameh Yaghoobifarah, Makda Isak, Melahat Kisi

Mehr Infos unter www.ausnahmslos.org



S.S.

Illustration: Saskia Strötgen

Wohin steuert der Nahe Osten?

Syrien-Konflikt militärisch nicht lösbar

Syrien, seit 1946 unabhängige Republik, ist ein Land mit einer vielfach differenzierten Bevölkerung. Als Teil des früheren Osmanischen Reiches wurden durch die Kolonialmächte auch die Grenzen Syriens unabhängig von ethnischen oder religiösen Zuordnungen gezogen. In Syrien lebten 2010 21 Millionen Menschen: Araber, Kurden, Armenier, Turkmenen, Tscherkessen, Aramäer, Assyrer und Palästinenser. Etwa 74 Prozent der Bevölkerung sind sunnitische Muslime, 21 Prozent sind Alawiten, 10 Prozent Christen, einige tausende Syrier sind Drusen, Jesiden oder Juden.

S Von Joachim Schramm
 seit 1963 regiert in dem formalen Mehrparteiensystem die Baath-Partei zusammen mit weiteren kleinen Parteien. Wirkliche Oppositionsparteien gibt es nicht. Die Baath-Partei, ursprünglich eine antiimperialistische Partei, wurde zum Herrschaftsinstrument des Clans um Hafiz al-Assad, dem Vater des heutigen Präsidenten Baschar al-Assad. Der Staatsapparat und die Armee wurden zunehmend von Angehörigen der Alawiten besetzt, der die Assads entstammen. Machtansprüche anderer Gruppen wurden in der Vergangenheit mit Gewalt niedergeschlagen, zum Beispiel Aufstände der Muslimbrüder 1982.

Syrien ist ein durchaus modernes Land mit einem guten Gesundheits- und Bildungssystem. Die Analphabetenquote bei unter 24-jährigen liegt bei nur 5,5 Prozent. Die Wirtschaft basierte lange Zeit hauptsächlich auf Einnahmen aus der Erdölförderung. Seit das Ende der Reserven jedoch absehbar ist, steuert die Regierung um und versucht, die Wirtschaft breiter aufzustellen. Trotzdem hat sich die wirtschaftliche Lage angesichts des Ölpreiserfalls deutlich verschlechtert, die Arbeitslosigkeit hat zugenommen, hinzu kamen Ernteaufschläge angesichts einer lang anhaltenden Dürre. All das mögen die Hintergründe dafür sein, dass sich 2011 eine Protestbewegung formierte; im März 2011 gingen Hunderttausende auf die Straße. Die Proteste richteten sich gegen die korrupte und ineffiziente Wirtschaftspolitik und gegen die herrschende Baath-Partei. Assad reagierte mit Gewalt, aber auch mit Gesten des Entgegenkommens. Die Regierung trat zurück, der seit 1963 herrschende Ausnahmezustand wurde beendet, es kam zu Amnestien für politische Gefangene. Die Gründung neuer Parteien wurde zugelassen und ein neuer Verfassungsentwurf erarbeitet. Ein Nationaler Dialog wurde in Aussicht gestellt. Das verhinderte jedoch nicht, dass der zunächst große gewaltfreie Protest (3 Millionen Demonstranten an einem Tag)



zunehmend durch Formen des gewaltsamen Aufstands überlagert wurde. Am Anfang standen Deserteure aus der Armee, die mit den Demonstranten sympathisierten und diese gegen die Übergriffe von Militär und Polizei schützen wollten. Im weiteren Verlauf kam es zunehmend zu direkten Kämpfen zwischen diesen Deserteuren, die sich im August 2011 zur Freien Syrischen Armee zusammenschlossen, und den Regierungstruppen. Nach und nach drängte die Freie Syrische Armee die Regierungstruppen aus einzelnen Regionen des Landes zurück. Doch sie war nicht in der Lage, diese Regionen auch sozial zu verwalten. Eine veränderte Situation entstand durch das Auftreten des „Islamischen Staates“ ab Mitte 2013. Als Al-Kaida-Ableger im

Der IS wurde zum beherrschenden Akteur

zunehmend durch Formen des gewaltsamen Aufstands überlagert wurde. Am Anfang standen Deserteure aus der Armee, die mit den Demonstranten sympathisierten und diese gegen die Übergriffe von Militär und Polizei schützen wollten. Im weiteren Verlauf kam es zunehmend zu direkten Kämpfen zwischen diesen Deserteuren, die sich im August 2011 zur Freien Syrischen Armee zusammenschlossen, und den Regierungstruppen. Nach und nach drängte die Freie Syrische Armee die Regierungstruppen aus einzelnen Regionen des Landes zurück. Doch sie war nicht in der Lage, diese Regionen auch sozial zu verwalten. Eine veränderte Situation entstand durch das Auftreten des „Islamischen Staates“ ab Mitte 2013. Als Al-Kaida-Ableger im

Irak entstanden und dort noch wenig erfolgreich, eroberten er nun im Norden Syriens größere Gebiete und lieferten sich Gefechte mit dort befindlichen anderen Rebellengruppen und den Kurden. Durch die Erfolge in Syrien gestärkt, ging der IS in der ersten Jahreshälfte 2014 auch im Norden des Iraks vor, eroberte große Gebiete und Städte, u.a. Mossul. Dadurch verfügte der IS nun über große Geldreserven, aber auch den Zugriff auf Ölfeldern. Auch Waffen aus Beständen der irakischen Armee gerieten in seine Hände. So wurde der IS nun zum beherrschenden Akteur auch im Syrienkrieg. Zeitweise kontrollierte der IS 50 Prozent des Staatsgebietes Syriens. Dessen militärische Erfolge, die öffentlichkeitswirksam be-

gangenen Grausamkeiten, der Vormarsch des IS gegen die kurdischen Kantone in Nordsyrien und der Kampf um die Grenzstadt Kobane veranlassten den Westen zum Eingreifen. Seit September 2014 flogen US-Kampfflugzeuge Angriffe gegen IS-Stellungen in Syrien. Dies stellt nach Einschätzung diverser Experten einen deutlichen Bruch des Völkerrechts dar, da es weder ein UN-Mandat noch eine Einwilligung der rechtmäßigen Staatsregierung Syriens gibt. Im November 2015 griffen auch Frankreich, im Dezember Großbritannien und seit Januar 2016 auch Deutschland mit Luftstreitkräften in den Krieg ein. Seit September 2015 fliegt auch Russland Angriffe gegen den IS, die Al-Nusra-Front und andere islamistische Gruppen, auch ohne UN-Mandat, aber in Abstimmung mit der syrischen Regierung. Eine militärische Lösung des

Krieges ist nicht in Sicht. Von Beginn an scheiterten alle Friedensbemühungen der UNO daran, dass die westlichen Staaten den Sturz Assads zur Bedingung machten, während Russland

Neben dem Iran ist Syrien unter Assad der letzte Staat in der Region, der die westliche Vorherrschaft nicht un widersprochen akzeptiert. Daher liegt es im Interesse der westlichen Eliten, die Assad-Regierung gegen eine andere auszutauschen. Auf der anderen Seite ist Russland aus strategischen Gründen daran interessiert, dass nicht der gesamte Nahe Osten gleichgeschaltet den westlichen Interessen folgt. Auch der oft erwähnte Flottenstützpunkt Tartus in Syrien ist von Interesse. Syrien ist für Russland ein Schauplatz, auf dem es zeigen kann, dass es im Spiel der Mächte noch eine Rolle spielt. Gleichzeitig stellt Syrien zusammen mit dem Iran eine Achse dar, die sich der



Unser Gastautor ist Landesgeschäftsführer der DFG-VK NRW. Der Text basiert auf einem Vortrag im Kreisverband DIE LINKE. Essen am 13. Januar 2016.

regionalen Vorherrschaft Saudi Arabiens in den Weg stellt. Die Türkei, Anlaufpunkt für ca. 1,4 Millionen Flüchtlinge aus Syrien, bietet der islamistischen Miliz die Möglichkeit, über die türkische Grenze Kämpfer und auch Waffen in den Norden Syriens zu bringen. Auch der Handel mit Öl läuft über die syrisch-türkische Grenze. Offenbar verspricht sich die Türkei vom Vorgehen des IS eine Schwächung der syrischen Regierung und auch der Kurden in Nordsyrien, deren Autonomie der türkischen Regierung ein Dorn im Auge ist. Keine günstigen Voraussetzungen, um ein Ende des Syrienkrieges herbeizuführen. Während zu

Beginn des Krieges Verhandlungen der westlichen Staaten mit der syrischen Regierung rundweg abgelehnt wurden, änderte sich das mit dem Giftgaseinsatz vom August 2013. Sah es zu-

Giftgaseinsatz vom August 2013

nächst nach einem direkten Angriff der NATO-Staaten auf

Syrien als Reaktion auf den Gaseinsatz aus, kam es dann durch die Intervention Russlands zu einer Verhandlungslösung, an deren Ende Syrien auf seine Chemiewaffenbestände verzichtete. Angesichts der offenkundigen Unmöglichkeit, in Syrien militärisch eine Entscheidung herbeizuführen, mehren sich die Anzeichen, dass der Westen eine Lösung unter Einschluss der syrischen Regierung akzeptieren könnte. Im November fanden in Wien erste Verhandlungen über eine Beendigung des Krieges statt.

Die Friedensbewegung fordert von der Bundesregierung ein Ende des Bundeswehreininsatzes, zivile Lösungen für den Krieg und ein Ende aller Waffenlieferungen in die Region. Weiterhin muss Druck auf die Türkei ausgeübt werden, den Zustrom an Waffen, Kämpfern und Geld an den IS zu unterbinden. Gefordert werden Verhandlungslösungen mit allen Beteiligten sowie die Umsetzung der Wiener Vereinbarungen. Für Syrien wird als Perspektive die Bildung föderaler Strukturen und demokratischer Entwicklungen gefordert, den Erhalt der Einheit, Unabhängigkeit und des säkularen Charakters des syrischen Staates. Ein schon seit langem erhobene Forderung auch der DFG-VK ist die nach der Einrichtung einer „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten“ nach dem Beispiel der KSZE in Europa zur Zeit des kalten Krieges. Die Konflikte der Region sind alle eng miteinander verwoben und nur im Zusammenhang wirklich lösbar.



Fluchtursachen erkennen, Verantwortliche benennen, Kriegsursachen beseitigen

Unter diesem Motto steht der Ostermarsch an Rhein und Ruhr in diesem Jahr. Von Karfreitag bis Ostermontag geht diese traditionsreiche Aktion der Friedensbewegung, zu der auch DIE LINKE aufruft.

Im Aufruf fordert die Friedensbewegung

- die Zurücknahme aller Genehmigungen für Rüstungsexporte in den Nahen und Mittleren Osten und von der EU ein striktes allgemeines Waffenembargo!

- von der Bundesregierung Verhandlungen und andere zivile Konfliktlösungen sowie die Beendigung aller Bundeswehreinätze im Ausland!

- zur Lösung des Ukraine Konflikts eine vollständige Demilitarisierung aller Konfliktparteien unter

- gemeinsamer Kontrolle der Vereinten Nationen und der OSZE!

- den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland. In NRW muss die Weiterverbreitung von Nuklearwaffentechnik verhindert und die Urananreicherungsanlage in Gronau sofort stillgelegt werden!

Los geht es am 25. März um 12 Uhr mit einer Demo an der Urananreicherungsanlage in Gronau. Am 26. März ist der Auftakt um 10.30 Uhr in Duisburg und um 12.00 in Köln. Gemeinsam geht es dann nach Düs-

seldorf zur Demonstration um 14.00 Uhr ab dem DGB-Haus und weiter zur Kundgebung auf dem Marktplatz um 15 Uhr. In Essen startet am 27. März um 9.30 Uhr auf dem Willy-Brandt-Platz die Fahrradetappe über Gelsenkirchen, Wattenscheid und Herne nach Bochum-Langendreer, dort ist um 16.15 Uhr im Bahnhof der Tagesabschluss.

Am 28. März geht es um 11.00 Uhr ab Bochum-Werne zu Fuß bis nach Dortmund, wo um 16.15 Uhr im Wichernhaus, Stollenstraße 36, das abschließende Friedensfest stattfindet.

Den kompletten Aufruf mit den Unterstützer*innen gibt es unter www.ostermarsch-ruhr.de

Ostermarsch Rhein Ruhr 2016
 Fluchtursachen erkennen,
 Verantwortliche
 benennen, Kriegsursachen
 beseitigen!



Asylpaket II vom Bundestag beschlossen

Menschenrechte gehen anders!

Das Asylpaket II, das der Bundestag kürzlich beschloss, beinhaltet ein Verbot des Familiennachzuges, die Residenzpflicht und neue sichere Herkunftsstaaten. Die Bundesregierung setzt alles daran, die Flüchtlinge und nicht die Fluchtursachen zu bekämpfen.

Von MdB Niema Movassat

Im neuen Asylpaket II werden unter anderem Marokko, Tunesien und Algerien zu „sicheren Herkunftsländern“ erklärt, obwohl die politische Lage in diesen Staaten fragil ist und Menschenrechte immer wieder massiv verletzt werden. Für Algerien besteht sogar eine Teilreisewarnung des Auswärtigen Amtes. Die Bundesregierung verhandelt seit längerem mit Algerien und Marokko, abgeschobene Flüchtlinge wieder aufzunehmen. Gleichzeitig besteht jedoch die reale Gefahr, dass Algerien in einen Bürgerkrieg rutscht, dies berichten sogar deutsche Zeitungen wie die Welt und die Zeit. Die Wiedereinführung der Residenzpflicht für bestimmte Flücht-

linge, zentrale Lager für Menschen aus sogenannten „sicheren Herkunftsländern“, die Aussetzung des Nachzugs von Familienangehörigen und schnellere Abschiebungen von gesundheitlich Angeschlagenen sind nur einige Gründe, warum DIE LINKE das Paket konsequent ablehnt hat. Es ist nichts anderes als eine Grausamkeit gegen Flüchtlinge.

Einer der Kerne des Paketes ist die Aussetzung des Familiennachzugs und die Einschränkungen des Rechtsschutzes. Speziell für Kriegsflüchtlinge wird dies verheerende Auswirkungen mit sich bringen. Damit werden sichere Fluchtwege versperrt. Noch mehr Menschen, insbesondere Frauen und Kinder, werden über das Mittelmeer versuchen nach Europa zu gelangen. Seit der Ankündigung des Gesetzes hat sich laut der Diakonie der Anteil von Frauen und Kindern, die über das Mittelmeer nach Griechenland gelangen wollen, nahezu verdoppelt. Wer solche Gesetze verabschiedet, nimmt Tote billigend in Kauf. Im Ergebnis muss man sagen: Die Bundesregierung bekämpft nicht die Fluchtursachen, sondern Flüchtlinge. Dass wird das Geschäft der Schleuser und Schlepper beleben und die Fluchtbewegungen nicht verändern. Statt eines Asylpaketes II brauchen wir ein Programm zur Bekämpfung

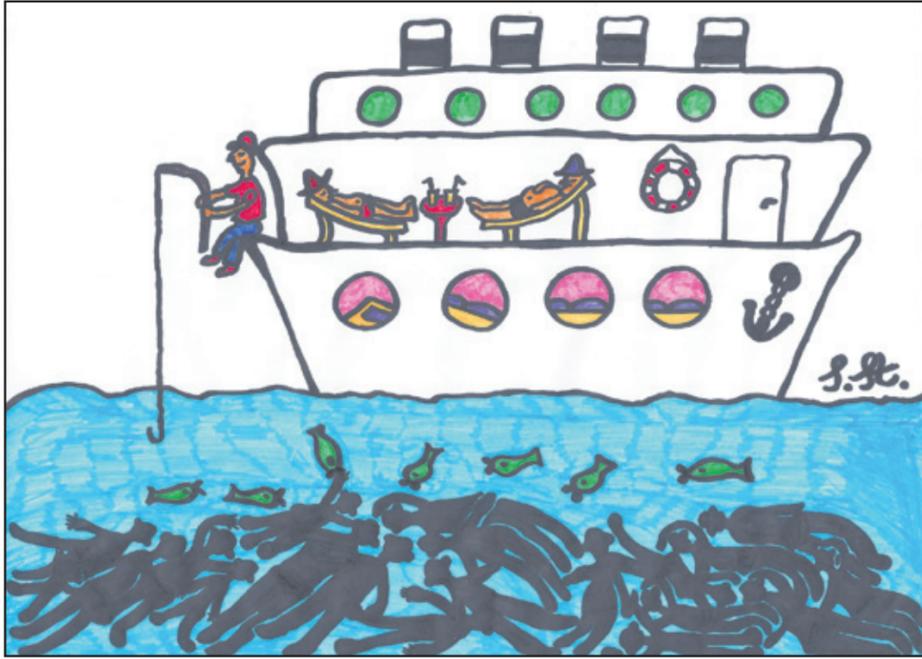


Illustration: Saskia Strötgen

der Fluchtursachen. Dazu muss man sagen, alle Waffenexporte zu verbieten. Zumindest aber in Krisen- und Kriegsländern müssen alle Waffenexporte sofort eingestellt werden. Stattdessen aber verzeichnet die Bundesregierung 2015 ein Rekordjahr der Ausfuhr von Waffen. Rüstungsgüter in einer Höhe von

7,5 Milliarden Euro wurden exportiert. Unter den zehn größten Käufern sind „lupenreine Demokratien“ wie Algerien, Kuwait und Saudi-Arabien. Länder, die mit deutschen Waffen gegen ihre eigene Bevölkerung vorgehen oder, wie Saudi-Arabien, Krieg im Jemen führen. Auch im Bürgerkriegsland Syrien werden

von allen Seiten deutsche Waffen genutzt – Deutschland schafft damit Fluchtursachen, die Menschen mit dazu bewegen, nach Europa zu flüchten.

Es muss Schluss damit sein, dass Entwicklungsländer durch neoliberale Freihandelsabkommen destabi-

lisiert werden. So hat Deutschland solche Abkommen mit Staaten wie Ghana, Grenada, El Salvador, Liberia, Mali, Mauretanien usw. abgeschlossen. Dazu kommen die zahlreichen Freihandelsverträge der EU mit den Entwicklungsländern. Diese Verträge sind in den allermeisten Fällen zu Ungunsten der ärmeren Länder. So sorgen Milchpulver und Fleischrestexporte aus der EU dafür, dass afrikanische Kleinbauern ihren Lebensunterhalt verlieren, da sie mit den billigen und staatlich subventionierten Produkten der EU preislich nicht mithalten können und sich nicht durch Zölle schützen dürfen. Diese Politik der wirtschaftlichen Ausbeutung ist ein weiterer Grund für die Zunahme der Flüchtlingszahlen.

Zu einer umfassenden Fluchtursachenbekämpfung gehört auch der offensive Kampf gegen den Klimawandel, mehr Entwicklungsgelder und Gelder für die humanitäre Hilfe, Schaffung von sozialer Sicherheit in den Herkunftsländern usw. Nur dann lassen sich Fluchtbewegungen verhindern. DIE LINKE ist die einzige Partei im Bundestag, die die Fluchtursachen und nicht Flüchtlinge bekämpfen will. Vergessen wird bei der ganzen Debatte: Asylrecht ist ein Menschenrecht. Seine immer weiter gehende Einschränkung ist eine Schande für Deutschland!

Faire Produktion braucht klare Gesetze!

Wer faire Produktionsbedingungen will, muss den Weltmarkt bändigen

Die Kritik am Kapitalismus wird immer schärfer. Auch in der Bundesrepublik kritisieren immer mehr Medien und Politikerinnen und Politiker seine Auswirkungen, leider meist um ihn schlussendlich zu verteidigen. Dabei ist er für die massiven Verwerfungen auf dieser Welt verantwortlich: für Krieg, Klimakatastrophen, Ausbeutung und Unterdrückung. Wer dem globalen Süden helfen will, muss den entfesselten Weltmarkt bändigen.



Niema Movassat, MdB DIE LINKE

weltweit für eine faire Produktion einzusetzen. Das von ihm viel gelobte Textilbündnis, bei dem er gemeinsam mit den Textilunternehmen die Arbeitsbedingungen in den Nähfabriken verbessern will, ist eine Farce. Die Unternehmen müssen sich innerhalb des Bündnisses zu keinerlei konkreten Verbesserungen verpflichten, missbrauchen das Textilbündnis aber zu PR-Zwecken. DIE LINKE fordert einklagbare Mindeststandards für im Ausland tätige deutsche Unternehmen in Form eines Unternehmensstrafrechts und einer Vereinfachung der zivilrechtlichen Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen bei Menschenrechtsverletzungen im Ausland.

Doch wie in Deutschland sind SPD und CDU nicht dazu in der Lage, die ursächlichen Probleme zu identifizieren und zu lösen. Die konzernfreundliche Politik liegt dem Neoliberalismus zugrunde. Aktuell besitzen 62 Menschen weltweit so viel Reichtum wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Diese Zahlen verdeutlichen, dass unsere Art des Wirtschaftens völlig außer Kontrolle geraten ist.

Niema Movassat

Die Forderungen von Arbeitsministerin Nahles und Entwicklungsminister Müller, global verbindliche soziale und arbeitsrechtliche Mindeststandards zu etablieren, sind nicht glaubwürdig. Denn die konkrete Politik der Bundesregierung – das Abschließen immer neuer Freihandelsverträge – sowie der dadurch entstehende globale Wettbewerbsdruck stehen diesen Forderungen diametral entgegen. Wenn die Bundesregierung wirklich weltweit faire Produktionsbedingungen schaffen will, muss sie ihre Politik der Marktliberalisierung beenden und heimische Unternehmen zu einklagbaren gesetzlichen Mindeststandards in der Produktion verpflichten.

Die Einrichtung eines globalen Fonds für Arbeitsschutz, in den die Bundesregierung drei Millionen Euro einzahlen will, wird an den katastrophalen Arbeitsbedingungen in vielen Fabriken wie in Bangladesch wenig bis gar nichts ändern. Erstens sind die zugesagten Summen lächerlich. Zweitens ist es nicht Aufgabe der Politik, ein aus-

beuterisches Produktionssystem notdürftig zu reparieren. Vielmehr müssen die Staaten Unternehmen gesetzlich dazu verpflichten, faire Arbeitsbedingungen in der gesamten Produktionskette zu etablieren. In Deutschland käme ja auch niemand auf die Idee, den Arbeitsschutz der Freiwilligkeit der Konzerne zu überlassen! Aber Entwicklungsminister Müller will keine Gesetze für die Auslandstätigkeit deutscher Unternehmen, er setzt auf freiwillige Maßnahmen der Konzerne. So scheitert er an seinem eigenen Anspruch, sich

MdB Niema Movassat

Niema Movassat wurde als Sohn iranischer Eltern in Wuppertal geboren. Nach dem Abitur studierte er Rechtswissenschaften an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf und legte 2009 sein juristisches Staatsexamen mit der Note „gut“ ab. 2009 zog er erstmals in den Bundestag ein. Er ist entwicklungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

Das Bürger*innenbüro im Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, ist von Montag bis Donnerstag, 10 bis 16 Uhr geöffnet. Telefon 0201/81337730, Telefax 0201/81337731 E-Mail: niema.movassat.ma06@bundestag.de. Website: www.movassat.de

DU DENKST, FLÜCHTLINGE BEKOMMEN ALLES UND DU NICHTS?

DANN WIRF DEINEN PASS WEG UND BEANTRAGE ASYL!

Europa als Geisel der Türkei?

Das Regime des türkischen Präsidenten Erdoğan soll den Zustrom von Flüchtlingen stoppen. Im Gegenzug erhält sein Land nicht nur mindestens 3,5 Milliarden Euro von der EU, sondern Europa schaut auch weg, wie im Osten des Landes Kurdinnen und Kurden durch türkische Sicherheitskräfte massakriert werden. Wer systematisch Menschenrechte verletzt, darf nicht mit Milliardensummen, baldiger Visafreiheit oder gar einem EU-Beitritt belohnt werden.

Die Europäische Union ist Friedensnobelpreisträgerin. Sie hält sich zugute, Werte wie Menschenwürde und Freiheit hoch zu halten. Doch alles Schall und Rauch: Um Menschen, die vor Krieg und Elend fliehen, zu stoppen, ist den EU-Regierungen mittlerweile jedes Mittel recht, auch Deals mit dem Autokraten Erdoğan. Einem Mann, der Hitler für sein „Präsidialsystem“ lobte, der kritische Journalisten

einsperrt, Zeitungen nach Gutdünken schließt, Minderheiten unter generellen Terrorverdacht stellt und insgeheim den sogenannten „Islamischen Staat“ in Syrien unterstützt. Auch ist die türkische Regierung durch ihre Syrienpolitik, die auf eine Absetzung Assads setzte, mitverantwortlich dafür, dass heute viele Menschen aus Syrien fliehen müssen.

Der Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Bernd Riexinger, war am 20. Februar auf einer Friedenskonferenz in Diyarbakır, einer Stadt im Osten der Türkei, die mehrheitlich von Kurd*innen bewohnt wird. Seit Monaten greifen türkische Truppen den Stadtteil Diyarbakır-Sur an, offiziell um „Aufständische“ zu bekämpfen. Doch der Großteil der Opfer sind Zivilist*innen – seit Wochen harren tausende Menschen in ausgebombten Kellern und Häusern ohne Wasser und Strom aus. Tagtäglich werden Frauen, Rentner und Kinder von Polizisten schikaniert und teilweise auch ermordet. Die Altstadt von Diyarbakır-Sur ist komplett zerstört – früher war

ein UNESCO-Weltkulturerbe. Der Vorsitzende der linken türkischen Partei HDP, Selahattin Demirtaş, forderte die Menschen angesichts dieser Grausamkeiten dazu auf, sich gegen die repressive Gewalt durch Polizei und Militär mit zivilem Ungehorsam zu Wehr zu setzen.

DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, mit einem Stopp der Waffenexporte an die Türkei ein klares Signal an Staatspräsident Erdoğan zu senden, damit dieser endlich seine Eskalationspolitik gegen die eigene Bevölkerung beendet. Zudem darf die EU keine Gelder an die Türkei geben. Wer den Flüchtlingen helfen will, sollte das Geld dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen geben, das die Flüchtlingslager betreibt. Zudem muss in Europa das Verbot der PKK aufgehoben und Druck auf die türkische Regierung ausgeübt werden, um endlich einen echten Friedensprozess im eigenen Land in Gang zu setzen.

Niema Movassat

Grenzenlose Freiheit nur fürs Kapital?

Freiheit für Menschen!

Von Patrick Münch

Das kapitalistische System steckt voller Widersprüche. Ein wesentlicher Widerspruch ist die Forderung nach einem Freihandelsabkommen, während gleichzeitig die Grenzen für Menschen geschlossen werden. Heute streben Millionen von Menschen danach, die Grenzen der Nationalstaaten zu überwinden. Doch nur einem Teil davon wird diese Freiheit gewährt. Viele werden abgewehrt, und dies führt zu großem menschlichem Leid.

Gleichzeitig wird immer wieder gefordert, dass das Kapital alle Grenzen ohne Hindernisse überschreiten darf; darum geht es auch bei dem Freihandelsabkommen TTIP. Die Konzerne wollen Bewegungsfreiheit für das Kapital, aber nicht für die Menschen! Wie kann die Linke diesen Widerspruch auflösen?

Extreme Ausbeutung

In der kapitalistischen Gesellschaft ist die menschliche Arbeit die Substanz des Werts. Nur die menschliche Arbeit bildet Wert. Im Kapital ist dieser Wert verkörpert. Aus der lebendigen Arbeit, der Verausgabung der menschlichen Arbeitskraft, wird tote Arbeit: das Kapital. Im Freihandel soll aber nur die tote Arbeit, das Kapital, die Grenzen überschreiten dürfen. Die lebendige Arbeit, also die arbeitenden Menschen, die Bildner der Werte, müssen innerhalb der Staatsgrenzen bleiben. Das Kapital konzentriert sich heute in einigen wenigen riesengroßen Unternehmen zu



Monopolen. Diese Monopole beherrschen die Märkte dieser Welt. Für sie gibt es keine Grenzen. Sie produzieren weltweit. Sie sind in ihrem Handeln nicht an ein Land gebunden. Ihr Geschäftsmodell ist die weltweite Ausbeutung der lebendigen Arbeit.

Das mobile Kapital wählt den Standort, wo die Ausbeutung am höchsten ist, wo die niedrigsten Löhne bezahlt werden, die Arbeitszeit am längsten und die Intensität der Arbeit am stärksten ist. Das ist heute überwiegend in Asien. Dort wird unsere Kleidung in so genannten „Sweatshops“ hergestellt. Die

Arbeiterinnen erhalten für zwölf Stunden Arbeit am Tag nur einen Hungerlohn. Sie haben keine Rechte. Bedingung dieser Ausbeutungsverhältnisse ist die fehlende Mobilität der arbeitenden Menschen, welche eine riesige Reservearmee für das Kapital bilden. Die Menschen können ihre Situation nicht verlassen und sind gezwungen, noch zu den schlechtesten Bedingungen ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

Aufgabe der Linken

Die Linke hat die Aufgabe, diesen Widerspruch zwischen der grenzenlosen Freiheit des Ka-



Patrick Münch ist Mitglied des Kreisverbands Essen. Er ist aktiv im Essener Friedensforum und im Rosa-Luxemburg-Club Essen.

pitals und der Begrenzung der Freiheit der Menschen als gesellschaftliches Umwälzungsmoment zu erkennen. Indem wir heute die Widersprüche des kapitalistischen Systems auf einer höheren Ebene auflösen, betreiben wir revolutionäre Realpolitik.

Wenn also die tote Arbeit, das Kapital, sich auf der Welt frei bewegen soll, dann muss zuerst die lebendige Arbeit, müssen die Menschen das Recht haben, die Grenzen zu überschreiten! Jeder Mensch muss auf dieser Welt das Recht haben, sich den Ort frei zu wählen, wo er leben und arbeiten möchte, unabhängig von der Staatsangehörigkeit.

Um zu verhindern, dass die Konzerne dort produzieren, wo die Löhne am niedrigsten sind, brauchen wir eine weltweite Angleichung der Arbeitsbedingungen auf höchstem Niveau. Die zukünftige Überwindung des Konzepts „Nationalstaat“, indem die Grenzen für die Menschen geöffnet werden, ist die Bedingung für den Aufbau einer solidarischen Weltgesellschaft.



Professor Dr. Dr. Denis Goldberg zu Gast im Essener DGB-Haus

Foto: J. Bulanik

Veranstaltungsbericht

Mandelas Vermächtnis – bewahrt oder vergessen?

Am 17. September 2015 war der Wegbegleiter Nelson Mandelas, Professor Dr. Dr. Denis Goldberg im Essener DGB-Haus zu Gast. Goldberg referierte über die Geschichte Südafrikas und seine Schritte zur Entwicklung, verwoben mit Episoden seiner Vita. Romantische Inspiration und das Bedürfnis zur Gestaltung schöpfte Denis Goldberg aus dem Widerstand gegen die Nazis in Europa. Dies half ihm oftmals in Zeiten von Haft und Folter.

Goldberg erinnerte mitunter an den Anti-Apartheidsaktivisten Steve Biko, der besonders den jungen Menschen an den Universitäten Selbstbewusstsein und Mut gab, für ihre Belange einzustehen. Die Menschen in Südafrika widersetzen sich nachhaltig dem Unrecht, ungeachtet der Repression. Steve Biko starb am 12. September 1977 in Haft. Gleichwohl siegte die Zielsetzung seines Strebens, eine friedliche Gesellschaft für alle Menschen in Südafrika.

Daraus entstand der humanistische Geist der heutigen Verfassung der Republik Südafrika. Es waren die Charaktereigenschaften wie Mut und Vernunft, so wie die Verhandlungen, welche Südafrika

reformiert haben. Mit der Kommission für Wahrheit und Versöhnung durchbrechen die Menschen in Südafrika die Spirale der Gewalt wie Rache für erlittenes Unrecht und Leid.

In der Gegenwart kritisiert Denis Goldberg die Formen des Kapitalismus und die daraus global resultierenden Fluchtursachen wie Ausbeutung, Armut, Hoffnungslosigkeit, Bestechung und Vetternwirtschaft bis hin zur heutigen Regierung von Jacob Zuma obendrein. Doch Goldberg wäre nicht Goldberg, hätte er nicht die Arbeitnehmer*innen in Südafrika bei ihren Streiks für Gerechtigkeit, Prosperität und Lebensqualität unterstützt. Im Kontext der Weltgeschichte ist die Zeit nach der Apartheid in Südafrika noch frisch. Weiteres Vorankommen in Südafrika steht bevor. Denn heute spiegelt jede Universität in Südafrika die erstrebte Regenbogenation wider.

Durch Edelgard, seine zweite Ehefrau, spricht Goldberg deutsch mit Einflüssen aus Afrikaans und Englisch. Denis Goldberg hat vielfältigen Bezug zu Deutschland. Sein erstes Mal auf Deutsch sprach Goldberg im Düsseldorfer Kulturzentrum Zakk. Denis Goldberg und ich verabshiedeten uns wie zuvor mit den Worten „Tot folgende keer“.

Jimmy Bulanik

Der aktuelle Lesetipp

Gesetz contra Willkommenskultur

von Ulrich Straeter

Nach neun Monaten Aufenthalt dürfen sich geduldete Asylbewerber*innen eine Arbeit suchen. Die Duldung ist kein Aufenthaltsstatus. Der muss extra beantragt werden. Mit gültigen Papieren. Doch dann greift die Vorrang-Regelung. Nur wenn keine Deutschen oder keine EU-Bürger*innen die Arbeitsstelle will, kann ein*e Asylbewerber*in Glück haben. Wenn potentielle Arbeitgeber*innen so lange gewartet haben.

[Absatz kursiv hervorheben oder einrücken o.ä.] „Falsche Angaben können zur Versagung des beantragten Aufenthaltstitels oder der Aussetzung der Abschiebung führen oder zur Ausweisung. Nach den für die bewilligten Leistungen maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen sind Sie verpflichtet, alle Änderungen von Tatsachen, die für die Hilfestellung maßgebend sind, unverzüglich mitzuteilen. Ich mache darauf aufmerksam, dass die vorstehende Bescheinigung keine Ausreise-Fristverlängerung darstellt. Dies bedeutet, dass Sie bei Vorliegen der



Jenny Erpenbeck, *Gehen, ging, gegangen*, Roman, Büchergilde Gutenberg Nr. 168448, 17,95 Euro, Knaus, ISBN 9783871346644, 19,99 Euro (E-Book 17,99 Euro)

Abschiebungs-Voraussetzungen jederzeit – auch vor dem o. g. Vorsprachetermin – abgesprochen werden können. Im Falle unterlassener Ausreise kann gemäß § 82 Abs. 4 S. 1 AufenthG Ihr persönliches Erscheinen bei der Ausländerbehörde angeordnet werden. Leisten Sie dieser Anordnung ohne hinreichenden Grund keine Folge, kann die Vorführung zwangsweise erfolgen.“

Können Asylbewerber*innen dieses Gesetz verstehen? Wie wäre es, fragt sich der Protagonist in Jenny Erpenbecks Roman, der emeritierte Professor Richard, wenn mir als Flüchtling jemand das auf Arabisch in die Hand drücken würde? Richard kommt erst ins Nachdenken und dann zum Handeln.

Er kümmert sich um einige der Asylbewerber. Osarobo schlägt zum ersten Mal in seinem Leben Töne auf einem Klavier an, ein anderer darf seinen den Rasen beim Professor mähen, ein Dritter bekommt (für uns wenig) Geld für ein Grundstück in Ghana, um davon zu leben, und Raschid, der Anführer, der ansprechbar ist, der organisiert und seinen Mitbewerbern hilft. Sie versuchen Deutsch zu lernen (müssen es!), eine schwere Sprache, die längst nicht alle Deutschen beherrschen. Sie revanchieren sich und kochen dem Professor leckere afrikanische Spezialitäten.

Mit ruhigen Worten und langsamen Sätzen (die stilistisch an Sten Nadolny's „Entdeckung der Langsamkeit“ erinnern) schildert Erpenbeck realistisch die Situation von Asylbewerber*innen,



Der Autor ist Verleger des ARKA-Verlags und Sprecher der Kulturgruppe ZORMM Wörter.Töne.Bilder.

abseits des Gutmenschentums und zum Teil im Gegensatz zu den Sprüchen unserer Politik. Auch von Willkommenskultur ist trotz aller Bemühungen im Endeffekt nichts mehr zu spüren. Es greift das Gesetz – und das ist unangreifbar. Und dann muss die Mehrheit wieder „nach Hause“. Aber was ist das, wo ist das? Wissen das die, die da noch kommen?

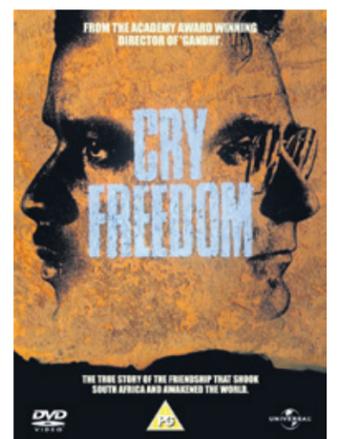
Ein gutes Buch, ein menschliches Buch. Ein aktuelles Buch. Sehr spannend zu lesen. Sehr zu empfehlen, auch für Bundeskanzlerinnen!

Schrei nach Freiheit

Der Film behandelt die Freundschaft zweier Männer, dem Aktivist Steve Biko (Denzel Washington) und dem vorurteilslosen Zeitungsredakteurs Donald Woods (Kevin Kline). Dieser riskiert sein Leben um die Botschaft des Steve Biko um die Welt mitzuteilen.

Die DVD wurde produziert von Universal Pictures Germany GmbH. Laut FSK ist der Film ab 12 Jahren freigegeben. Die Spieldauer beträgt 151 Minuten. Im Handel beträgt der Preis für diese DVD 8,00 €.

Jimmy Bulanik



Nachdem Donald Woods den Terror und den Grauen der Apartheid durch Bikos Augen kennengelernt hat, findet Redakteur Donald Woods heraus, dass die Polizei Steve Biko zum Schweigen gebracht hat. Überzeugt, dass Bikos Botschaft nicht verstummen darf, begibt sich Woods auf eine gefährliche Reise, um aus Südafrika zu entkommen und der Welt von Bikos beachtenswerten Mut zu berichten. Die Geschichte, beunruhigend und wahr, bietet eine bewegende Darstellung menschlicher Niedertracht und menschlichen Heldentums.

Unperfekthaus Gastgeber von Bürgerwehren?

Alles harmlose Bürger ...

Ende Januar mietete sich unter dem Tarnnamen „Spielgruppe“ ausgerechnet im Szene-Treffpunkt Unperfekthaus für Freitag, 22. Januar, eine Gruppe ein, die in Wahrheit eine Bürgerwehr gründen wollte. Ihr Sprecher war Pierre Müller, vormals Musiker der Nazi-Rockband „Oidoxie“. Die Anmeldung unter falschem Etikett ist die übliche Methode, sich unter einem Deckmantel in Lokale einzumieten, deren Wirte ansonsten niemals an Neonazis vermieten würden.

Der Kreisvorstand DIE LINKE. Essen forderte UPH-Inhaber Reinhard Wiesemann mit einem Offenen Brief am 20. Januar auf, die Gruppe nicht in seinem Haus tagen zu lassen. Bei Wiederholung würden wir zum Boykott aufrufen. Am 21. Januar gab Wiesemann eine öffentliche Erklärung ab. Darin billigte er die Bildung von „Bürgerwehren“, die „legal“ seien und nur der „Sicherheit“ dienen. Weiterhin zeigte er Verständnis für die Versammlung unter Tarnnamen. Dabei ist der Begriff „Bürgerwehr“ hoch belastet. Das Grundmuster: Rechtslastige Mitbürger*innen gehen davon aus, dass die Polizei die Bevölkerung nicht schützen könne. In der Folge wird das Gewaltmonopol des Staates bestritten und das Recht in die eigenen Fäuste genommen. Das zeigt auch die Vielzahl der Beteiligten, die aus der Türsteher-, Rocker- oder Naziszene stammen. Auch die Polizei ist nicht begeistert. In

der NRZ drückte es der Oberhausener Polizeipräsident am 19. Januar ironisch so aus: „Wir bedanken uns für die unnötige Mehrarbeit.“ Denn schließlich müsste die Polizei nun nicht nur die Kriminellen, sondern auch die Bürgerwehren im Auge behalten. So erbrächten Bürgerwehren nicht mehr, sondern weniger Sicherheit. Um die Neonazi-Verbindung zu belegen, reichte ein Blick ins Fratzenbuch: „Mein Teleskop-Schlagstock ist aus Metall“, „wundere mich über das UPH als Treffpunkt. Das ist doch der Treff der Zecken und Hippies“ war dort zu lesen. Wiesemann zeigte sich auch in Kenntnis dessen uneinsichtig. Er lobte Bürgerwehren als „Nachbarschaftshilfe“ und hielt auch aktive Neonazis für gesprächsfähig. Wegen drohender Gefahren „von links und rechts“ schloss Wiesemann am Abend das ganze Haus, statt nur diese eine Gruppe auszuladen. „Essen stellt sich quer“ veranstaltete am Abend eine Kundge-



bung am Eingang der Friedrich-Ebert-Straße. Für DIE LINKE rückte Ralf Fischer die bundesweite Strategie der Neonazis in den Mittelpunkt, sich über Bürgerwehren eine politische Basis zu verschaffen. Wenn die Gesellschaft nicht aufpasse, werde hier der Keim für eine faschistische Massenpartei gelegt. Auch Reinhard Wiesemann erschien und konnte seine Standpunkte ausführlich darlegen. Auf alle Fragen ging er ein, außer auf die nach den Neonazis. In seinem anschließenden Beitrag verglich LINKE-Sprecher Michael Steinmann ihn daher auch mit der Hauptfigur aus Max Frischs

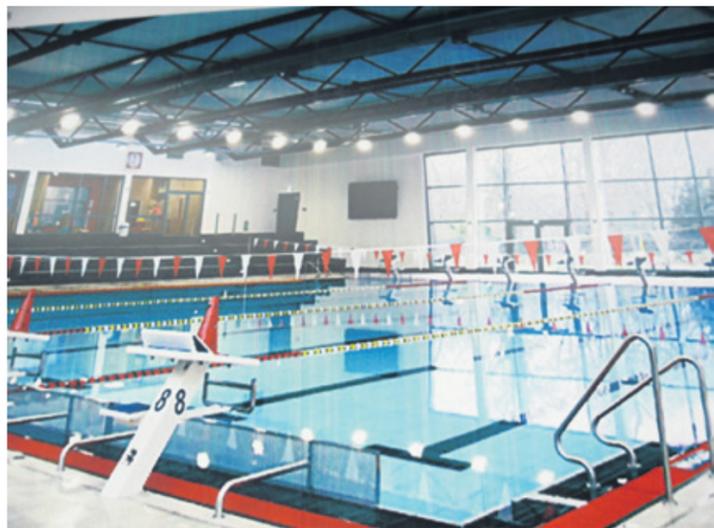
„Biedermann und die Brandstifter“, der nichts ahnt, bis es zu spät ist. Die Bürgerwehrgruppe hat sich mittlerweile in „Wir für Essen“ umbenannt und ihren Sprecher ausgetauscht. Doch auch Heiko Schneidereiter ist einschlägig vorbelastet. In einem öffentlichen Profilbild trägt er Klammotten des Rechtslabels „Thor Steinar“ und tummelt sich auf Webseiten wie „Odins Wölfe“. Ein erster geplanter Auftritt der Gruppe beim Karnevalszug scheiterte, weil die Karnevalsvereine den unerwünschten Gästen die rote Karte zeigten. Die Spaltung in der Einschät-

Foto: Jörg Wiegels/GNU Free Documentation License

zung von Bürgerwehren zieht sich durch die Besuchergruppen im Unperfekthaus. Viele hatten ihren Besuch für diesen Abend aus Protest abgesagt. Andere bestärkten in Diskussionen, die ich vor dem Haus führte, Wiesemann in seinem prinzipienlosen Liberalismus. Einmal im Monat sonntags gibt es nun einen offenen Diskussionszirkel im UPH, um Luft aus der Debatte zu lassen. Indes ist der Hype um Bürgerwehren landesweit wieder abgeflaut, nachdem die meisten dieser Gruppen feststellten, dass es bei ihren Streifengängen nichts zu tun gibt.

Ausgehtipps

- Mittwoch, 23. März, 19 Uhr**
DIE LINKE. Essen: Themenabend Flüchtlinge und Flüchtlingshilfe, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1
- Samstag, 26.3., 12.45 Uhr**
Gemeinsame Anreise zum Ostermarsch Ruhr nach Düsseldorf, Essen Hbf, Haupteingang
- Sonntag, 27. März, 9.30 Uhr**
Auftakt zur Fahrradetappe beim Ostermarsch Rhein-Ruhr, Willy-Brandt-Platz
- Dienstag, 29.3., 18.30 Uhr**
linksjugend [solid] ruhr: Marxismus und Religion, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1
- Donnerstag, 31.3., 18 Uhr**
DIE LINKE. Essen: Redaktionssitzung Essener Morgen, Heinz-Renner-Haus.
- Samstag, 2.4., ab mittags**
Essen stellt sich quer: Protestaktionen gegen den NPD-Aufmarsch, mehr wird online bekannt gegeben
- Dienstag, 5. April, 19 Uhr**
Lesekreis „Was ist Rassismus?“, Heinz-Renner-Haus.
- Mittwoch, 6. April, 18 Uhr**
BUND: Kreisgruppentreffen, Verkehrs- und Umweltzentrum, Kopstadtplatz 12
- Donnerstag, 7. April, 19 Uhr**
Attac Essen: Monatliches Treffen beim Anti-Rassismus-Telefon, Friedrich-Ebert-Str. 30
- Freitag, 8. April, 19 Uhr**
Transition Town: Filmabend mit „Climate Crimes“, VHS am Burgplatz
- Sonntag, 10. April, 10 Uhr**
ADFC: Fahrradtour „Auf jüdischen Spuren“ mit Uri R. Kaufmann, Treffpunkt Alte Synagoge
- Mittwoch, 13. April, 19 Uhr**
DIE LINKE. Essen: Veranstaltung „Aktuelle Tarifrunden“, Heinz-Renner-Haus.
- Donnerstag, 14.4., 20 Uhr**
Bürger gegen Fluglärm Kettwig, Alter Bahnhof Kettwig, Ruhrtalstr. 34
- Dienstag, 19. April, 20 Uhr**
Bürger gegen Fluglärm Rellinghausen, Kunsthaus Essen, Rübezahlstr. 33
- Mittwoch, 20. April, 19 Uhr**
Essener Friedensforum: Drohenkrieg aus Ramstein, VHS am Burgplatz
- Donnerstag, 21.4., 19 Uhr**
Rosa-Luxemburg-Club Essen: Monatstreffen beim Anti-Rassismus-Telefon, Friedrich-Ebert-Str. 30
- Samstag, 23. April, 10 Uhr**
DGB NRW: Kongress „Solidarität statt Rechtsruck“ im Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, Bochum
- Mittwoch, 27.4., 18.30 Uhr**
linksjugend [solid] ruhr: Sahara Wagenknecht über die deutsche Wirtschaft, Universität Essen, Raum wird online bekannt gegeben
- Regelmäßige Treffen:**
- jeden Montag, 17.30 Uhr**
DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen: Fraktionssitzung, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1
- jeden Dienstag, 18.30 Uhr**
linksjugend [solid] ruhr: Basisgruppentreffen, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1
- 1. und 3. Di i.M., 10 Uhr**
Erwerbslosenfrühstück, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1
- 2. und 4. Di i.M., 18.30 Uhr**
DIE LINKE. Essen: Arbeitskreis Öffentlicher Nahverkehr, Heinz-Renner-Haus.
- 1. und 3. Mi i.M., 18.30 Uhr**
DIE LINKE. Essen: Kreisvorstandssitzung, Heinz-Renner-Haus.



Das neue Bad am Thurmfeld

Nach 18 Monaten Bauzeit wurde am 4. Januar 2016 das neue Bad am Thurmfeld eröffnet. Es war nötig geworden als Ersatz für das marode Hauptbad. Mit der Deutschen Schwimmmeisterschaft am 6. und 7. Februar 2016 hat das Bad am Thurmfeld seine erste große Veranstaltung mit Auszeichnung bestanden. Veranstalter, Sportler und Zuschauer lobten das top eingerichtete Sportbad und die gute Atmosphäre. Die Öffnungszeiten bleiben, wie sie im Hauptbad üblich waren: Die Öffentlichkeit hat im Regelfall montags bis freitags von 6.30 bis 10 Uhr Zutritt. Dann findet bis 16 Uhr Schulsport statt. Von 16 bis

21.45 Uhr haben Essener Schwimmvereine ihre Trainingszeiten. Am Wochenende sollte das Bad ursprünglich nur für diverse Schwimmveranstaltungen geöffnet werden. Doch nachdem aus der Bevölkerung und der Politik der Wunsch nach mehr Schwimmzeiten für Jedermann laut wurde, wurden die Öffnungszeiten probeweise für März und April erweitert. Sofern keine Schwimmsportveranstaltung stattfindet, ist das Bad samstags und sonntags von 8 bis 15 Uhr geöffnet, in den Osterferien von 6.30 bis 15 Uhr. Ob die erweiterten Öffnungszeiten langfristig Bestand haben, wird wohl von den Besucherzahlen abhängen.

Herbert Bußfeld

GPA-Gutachten fehlerhaft und unseriös

Die Zerstörung der Sportlandschaft verhindern!

Von Herbert Bußfeld

Vor acht Monaten wurde das von der Gemeindeprüfanstalt in Auftrag gegebene und von der Nürnberger Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner erstellte Gutachten zu möglichen Konsolidierungspotentialen der Sport- und Bäderbetriebe im Sportausschuss vorgestellt. Von diesem Tag an stand für mich fest: Dieses Gutachten muss mit allen Mitteln bekämpft werden! Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Sportlandschaft in Essen langfristig teilweise zerstört wird.

Der Essener Sportbund (ESPO), die Verwaltung und die Politik haben sich ausgiebig mit dem Gutachten befasst und festgestellt, dass es fehlerhaft, unseriös und in Teilbereichen nicht umsetzbar ist. Beispiel Gebühren zur Sportstättennutzung: Der Gutachtervorschlag sieht vor, die Nutzungsgebühr basierend auf Vergleichswerten um Faktor 3 zu erhöhen, um auf diesen Wege einen Mehrbetrag von 894.000 Euro pro Jahr zu erzielen. Von den 23 genannten Kommunen erheben 13 Kommunen keine Sportstättennutzungsgebühr. Die Anderen sind von 5 Euro pro Segment/ Platzstunde, wie bei uns gefordert, weit entfernt. Auch die Anhebung der Einnahmeheteiligungen bei den von ESPO und Vereinen betriebenen Sport- und Gesundheitszentren

ist unrealistisch. Es liegen bereits heute schon Anträge diverser Betreiber auf Erhöhung des Betriebskostenzuschusses vor. Wenn die Bäder zurück an die Sport- und Bäderbetriebe gingen, ergäbe das Mehrkosten von 145.000 Euro pro Bad. Dem ESPO und den Vereinen muss Planungssicherheit gegeben werden. Das heißt: keine Anhebung der Sportstättennutzungsentgelte, keine Einspa-



Herbert Bußfeld vertritt DIE LINKE als sachkundiger Bürger im Sportausschuss

rungen beim Personal und keine weiteren Schließungen von Einrichtungen. Die im Gutachten errechneten Einsparungen von 4,2 Millionen Euro sind willkürlich und teilweise nicht belegbar. Nun sind der Oberbürgermeister und der Kämmerer gefordert, bei der Bezirksregierung vorstellig zu werden, um das fehlerhafte, realitätsferne und unseriöse Gutachten zu widerlegen.

Die Kehrseite



Glanzvoll gescheitert

Ein ehrenwerter Typ. Doch wer hat Wulf Gallert (Spitzenkandidat DIE LINKE. Sachsen-Anhalt) bloß zu diesem Wahlplakat geraten?

Trostlos erfolgreich

Konservativ mit linksradikaler Herkunft. Nur Winfried Kretschmann (Grüner Ministerpräsident in Baden-Württemberg) kann regieren wie die CDU.



Quergeschossen



Hart wie Kruppstahl, diese DDR!

Von Ralf Fischer

Fünfundzwanzig Jahre sind wir nun vereint, wir Deutschen. Eine herrliche Zeit. Schließlich leben wir nun in Freiheit. Freiheit!!!

Davon kann unser Bundesprediger, der selige Herr Gauck, ein wohl garstig Liedchen singen, von dieser deutsch-deutschen Vergangenheit und so. Wie er geknechtet wurde im System der DDR und Pfarrer werden musste, weil er nicht Parteiideologie werden durfte.

Auch unsere Bundesmutter, die fesche Angela aus der Uckermark, durfte früher nicht alles. Sie wurde gezwungen, Physikerin zu werden. Nach ihrer Karriere als FDJ-Sekretärin für Propaganda musste aus dem Mädchen ja was Anständiges werden. Und der Staatsratsvorsitz war gerade nicht frei.

Fünfundzwanzig Jahre nach der Wende sind die beiden ganz oben! Ja wir können mit Fug und Recht sagen: Die Osis haben die Macht im Lande übernommen.

Von diesem Glanze muss doch für Essen etwas abfallen! So sprach der neue Obermeier, seines Zeichens Kufen, Thomas. Zuerst die Angela, das geht schnell, und flugs war der nächste Parteitag in die Messe geholt. Aber bis zum 5. Dezember ist lange hin, da muss noch was gehen, um die Zeit zu überstehen. Der Bundespräsi hat sicher noch Termine frei...

Gesagt, getan, schon kam der hohe Staatsbesuch in unsere kleine Stadt. Alle winkten und jauchzten, hörten die Gauck'sche Predigt mit Erstaunen: Wir sind frei!!!

Wer so schön aus der Vergangenheit erzählt, dachte unser Kufen, Thomas, dem



muss ich was Besonderes bieten. Schon kommt aus dem Reliquienschrein das Goldene, äh, Stählerne Buch der Stadt. Und da, gleich nach dem Papst, schrieb Erich Honecker: Hic fuit! Hier war ich! Mit Wappen und Siegel und Autogramm. Welch erhebender Moment. Der Bundesgauck tätschelt sanft den Schriftzug seines Vorgängers Ost und schwelgt in

seligen Zeiten. Es war ja doch nicht alles schlecht, damals.

Und Kufen, Thomas, ist so gerührt, kriegt feuchte Augen. Alles richtig gemacht! frohlockt er wie bei der Kommunion und schaut zum Beichtvater auf Da muss selbst der Gauckler grinsen, ist er doch evangelisch. Derweil sich im Grabe umzudrehen, hat der olle Erich nicht nötig. Der grinst auf

seiner Wolke vor sich hin, und denkt an Ochs und Esel, wie sie laufen und laufen und laufen. Die DDR ist einfach nicht totzukriegen! Hart wie Kruppstahl, um mit dem Klassenfeind zu sprechen.

Fünfundzwanzig Jahre sind wir nun vereint, wir Deutschen. Und sicher geht es irgendwann weiter. Haben Sie Vertrauen. Wir schaffen das!

Freibier für alle

verspricht Michael Welling, der Boß von Rot-Weiss Essen. Er ist ganz in Feierlaune, weil der bekannte Fußballer Mesut Özil wohl von Arsenal nach Barcelona „verkauft“ wird. Dann bekommt RWE einen Anteil der Ablöse, weil Özil in der Jugend hier ausgebildet wurde. Sechsstellig rechnet RWE bereits und stellt schon mal die Fässer kalt.

Neidisch

wird da Dirk Miklikowski, Chef der Grundstücksgesellschaft der Stadt Essen (GVE). Die darf nach der bekannten politischen Klüngelei das Stadion betreiben und damit kräftig Miese machen, damit die nicht beim Fußballclub auflaufen. Verzweifelt fordert er jetzt einen Anteil aus der Ablöse, der der GVE vertraglich nicht zusteht. Wird jetzt von RWE der politische Preis zurückverlangt, den die Stadt mit Übernahme von RWE-Altschulden vor einigen Jahren zahlte?

Ausgespielt

hat es sich im Stadion außerdem. Ob Petry oder AC/DC – der Konzertbetrieb machte Verluste, über die man sich mit dem Veranstalter nicht einig wurde. Die GVE zog die Reißleine, um nicht länger gutes Geld schlechtem hinterher zu werfen. Was zur Deckung der Betriebskosten nötig wäre, profitable weitere Events außer schlechtem Fußball, ist jetzt auch noch weg.

Bezuschussen

muss die Stadt den Stadionbetrieb jetzt mit 1,5 Millionen Euro, ein Plus von einer Million. Die Sport- und Bäderbetriebe, bisher mit 500.000 Euro dabei, bekommen weitere 500.000 Euro aufgebracht, auch das Ruhmuseum tritt 500.000 Euro ab. Wir hatten uns ja schon gefragt, wann der berühmte „Steuerzahler“ wieder dran ist, um für das Stadion zu haften.

Gewonnen

hat die Stadt Essen den „Pannekopp 2016“, mit dem der alternative Ruhrpottkarneval „Geierabend“ das Stadion Essen als das „wahre Fußball-Museum“ aufs Korn nahm. Der Anti-Karnevalsorden wiegt 28,5 Kilo und besteht aus Schrott. Da kann man die Kritik des Bundes der Steuerzahler glatt vergessen.

Alles für den Club

Wie sagte Hausmeister Krause: „Alles für den Dackel – alles für den Club!“ Genau so sieht es hier aus. Profiteur der undurchsichtigen Finanzen ist Rot-Weiss Essen: von eigenen Altschulden befreit, in einem guten Stadion, dessen Verluste bei anderen hängen bleiben. Darauf trinken wir das angebotene Freibier doch gern. Eine andere Entschädigung für die im Stadionsumpf verlorenen Millionen, so ist zu fürchten, wird es nicht geben. Weder von den politisch Verantwortlichen, noch auf dem Rasen.



Rätsel-Ecke

Errätst Du den Spitzensteuersatz?

Müssen die Steuersätze so sein, wie sie sind? Oder können wir da nicht ein wenig umverteilen? Ganz verschieden waren die Spitzensteuersätze in der Geschichte Deutschlands, je nach Bedarf und politischem Kalkül der Regierungen.

Unter allen, die die Prozentwerte in der richtigen Reihenfolge (Achtung: Mehrfachnennungen eines Prozentsatzes sind möglich) auf eine Postkarte oder in eine Mail schreiben, verlosen wir die aktuelle CD des Kabarettisten Serdar Somuncu: „H2 Universe – Die Machtergreifung“.

Lösungen bitte mit Absendeanschrift an: Essener Morgen, DIE LINKE. Essen, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, essenermorgen@dielinke-essen.de. Einsendeschluss

ist der 15. April 2016. Einsendungen von Angehörigen der Redaktion und mündliche Überlieferungen werden nicht entgegen genommen. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Viel Spaß!

Leider können wir für das letzte Rätsel niemanden beglückwünschen, da die Anschrift der ausgelosten Gewinnerin nicht stimmte. In den Genuss des ausgelobten Kabarettabends kam daher eine Mitarbeiterin der Ratsfraktion. Das kommt aber nicht wieder vor, oder?

Auswahl:	4%	42%	53%	56%	95%
----------	----	-----	-----	-----	-----

Spitzensteuersatz 1891 (Kaiser Wilhelm II)	
Spitzensteuersatz 1946 (alliiertes Kontrollrat)	
Spitzensteuersatz 1958 (Regierung Adenauer, CDU)	
Spitzensteuersatz 1975 (Regierung Schmidt, SPD)	
Spitzensteuersatz 1990 (Regierung Kohl, CDU)	
Spitzensteuersatz 2005 (Regierung Schröder, SPD)	

Schenk der Welt ein Lächeln

von Bernd B. Badura

**Es wird wieder Hass gesät,
Von finsternen Menschen Brand gelegt,
Ich hör sie dumpfe Trommeln schlagen,
Über Fremde sich beklagen,
Hassparolen auf den Lippen,
Ziehen sie mit wütenden Blicken,
Sieh nur wie aus der Angst sich nährt,
Des Wutes Glut, des Volksbrands Herd.**

**„Unsere Ordnung, unsre Sitten,
Unser Volkssturm, unsre Riten!“
So schreit es hier im Massenchor,
Quält damit der Wahrheit Ohr.
Eure Dummheit ist nicht mein.
Mein Herz ist bunt, und so soll meine Welt auch sein.
Ich will der Welt ein Lächeln schenken,
Sie mit Frohsinn stets bedenken.
Menschen, lasst uns Brüder sein,
Denn wir haben viel gemein.
Und was wir verschieden haben,
Sind Sprengler, Tupper, viele Farben.**

**Lass auch du dein Herz nicht von Parolen,
Zur finsternen Hasses Seite holen.
Zwäng es nicht in finstere Mauern,
Die im Fremdenhass lauern.
Genieß die Früchte aus der Fremde,
Und der Welt ein Lächeln sende.
Lass den Hass nicht in dein Herz hinein,
Denn Hass kann niemals Wahrheit sein!**